Einen anderen {改道} Weg gehen...

N°107 - 3.2020

GĂIDÀO

ZEITSCHRIFT DER ANARCHISTISCHEN FÖDERATION

FdA

FDA - IFA

IN DIESER AUSGABE

Für eine neue anarchistische Theorie! – Teil 2

Wie war das noch gleich mit Smartphones? Zur (Un-)Sicherheit von Mobiltelefonen

Untersützt den Kampf um Tamansari!

★

Editorial

Hallo Menschen,

die Kette der besorgniserregenden Ereignisse scheint nicht abzureißen: Nach den vielen verteilten Angriffen und Anschlägen der rechten Ewiggestrigen hat es nun mit zehn Toten in Hanau einen erneuten traurigen Einschnitt gegeben. Wir gedenken der Ermordeten und den ihr nahe stehenden Menschen. Ein Ende rechter Gewalt scheint nicht in Sicht, in den folgenden Tagen gab es bundesweit weitere Anschläge. Aha, bestimmt wieder eine kuriose Ansammlung von Einzeltäter*innen.

Der März wird dafür voraussichtlich wieder ereignisreicher in unseren eigenen Themen und es sollten auch wieder mehr linksradikale und anarchistische Positionen im Mittelpunkt stehen. Vom Frauen*streik bzw. feministischen Streik am 8. März, über den internationalen Tag gegen Polizeigewalt am 15. März und den Tag der politischen Gefangenen am 18. März, bis hin zum Mietenwahnsinn-Aktionstag „Housing Action Day“ am 28. März, wird innerhalb von einem Monat eine breite Palette politischer Aktions- und Diskursfelder abgedeckt. Wir hoffen, dass ihr an diesen Tagen auch etwas neuen Mut und Kraft sammeln könnt, um nicht vor der fiesen Realität zu resignieren.

In eigener Sache wollen wir euch mitteilen, dass wir zwar mit dem neuen zweimonatigen Rhythmus inzwischen gut fahren und unser sehr kleines Kollektiv die Ausgaben gestemmt bekommt, wir aber finanziell nicht gut da stehen. Konkret heißt das, dass die Einnahmen durch die Abos nicht die Druck- und Versandkosten decken.

Darum wollen wir euch bitten – wenn es euch möglich ist – ein bischen Kohle locker zu machen, damit es mit der Gai Dao weiter gehen kann. Wir können keine Spendenquittung ausstellen. Bei Geld fängt die Freundschaft an!
Kontoinhaber: Be the media
Bank: Deutsche Skatbank
BIC: GENODEF1SLR
IBAN: DE48830654080004764986
Verwendungszweck: Gaidao bleibt!

Mit antifaschistischen Grüßen, eure klamme Gai Dao-Redaktion

Impressum:

Herausgeber*innen:	[改道] Gai Dào - Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.:	Gai Dao c/o Alarm e.V. Postfach 10 01 61 77621 Offenburg
Druck und Verlag:	Eigenverlag
Erscheinungsweise:	zweimonatlich
Kontakt:	redaktion-gaidao@riseup.net

ÜBER UNS

[改道] Gai Dào ist die monatliche Zeitschrift der Föderation deutsch-sprachiger Anarchist*innen (FdA).

Sie versteht sich trotzdem als autonomes Projekt, das auch Menschen, Gruppen und Strukturen offensteht, die kein Mitglied der FdA sind, sofern sie die Ideen des Anarchismus und die Prinzipien der FdA unterstützen, gerne auch solidarisch-kritisch.

Die [改道] Gai Dào bietet einen monatichen Querschnitt von Theorie und Praxis der anarchistischen und ihr nahestehender Bewegungen auf lokaler und besonders auf internationaler Ebene.

Dabei versteht sich [改道] Gai Dào als explizit pluralistisches Medium, das Raum für verschiedene anarchistische Ström-ungen bietet, sowie darüber hinaus allen, die sich für eine Überwindung der bestehenden Verhältnisse, hin zu einer befreiten Gesellschaft einsetzen.

Wir freuen uns immer über Artikel, Rezensionen, Gedichte, Aufrufe, Fotos oder Zeichnungen. Besonders freuen wir uns über Menschen, die dauerhaft an der Gaidao mitarbeiten wollen, sei es als regelmäßige*r Autor*in, Übersetzer*in oder im Layout.

Wir behalten uns natürlich vor, zugesandte Beiträge nicht zu veröffentlichen, die unseren Prinzipen im Besonderen und die des Anarchismus im Allgemeinen entgegenstehen oder diese unsolidarisch diffamieren.

Alle Ausgaben unter:
www.fda-ifa.org/gaidao

Inhalt

FdA/IFA

04 *Kein Ausweg aus der binären Matrix?*

05 *Wider die Heteronorm*

Bewegung

06 *Prozesserklärung von Ralf Dreis*

Kultur & Alltag

09 *Buchrezension: Graphisches Interview mit Noam Chomsky*

Analyse & Diskussion

10 [2/2] *Für eine neue anarchistische Theorie!*

22 *Trotz Suizidalität: Knast und Folter zur gewaltvollen Durchsetzung von Abschiebungen*

25 *Wie war das noch gleich mit Smartphones? Ein Hintergrundartikel zur (Un-)Sicherheit von Mobiltelefonen*

Analyse & Diskussion

31 *Demokratie – kaputt oder ganz? Kommentar zur Wahl des Eintags-Ministerpräsidenten in Thüringen*

Weltweit

34 *Untersützt den Kampf um Tamansari!*

Termine

39 *FdA hautnah*
Regelmäßige Termine der FdA-Mitglieder

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Broschüre solange Eigentum der/des Absender*in, bis es den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe- Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Broschüre den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es der/dem Absender*in mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.
Verteiler*in bzw. Absender*in ist nicht identisch mit den Ersteller*innen.

Hinweis zur Sprache:

Das in den Texten verwendete „*innen“ (Gender Gap) soll die Funktion haben, dass nicht nur weiblich oder männlich sozialisierte Menschen beachtet werden, sondern auch Menschen, die sich selbst zwischen bzw. außerhalb der Zweigeschlechtlichkeit verorten.

Kein Ausweg aus der binären Matrix?

★ *Von: Auf der Suche – Anarchistische Gruppe Nürnberg*

„Ich bin ein Junge und ein Mädchen, ein Mann und eine Frau und von allem gar nichts – ich werd sehen, was ich daraus bau“—Früchte des Zorns, „Mein schönstes Kleid“

Wir leben in einer Geschlechterrealität, die sich so selbstverständlich und natürlich gibt, dass es uns als Errungenschaft präsentiert wird, wenn inter Menschen in der BRD das Geschlecht divers zugeordnet bekommen können. Keine Frage, es ist ein wichtiger Schritt in die Richtung, die Existenz von Menschen außerhalb der Binarität anzuerkennen. Das muss unter anderem dazu führen, dass endlich die als Körperverletzung einzuordnenden geschlechtsangleichenden Operationen direkt nach der Geburt an Kindern, die von Ärzt*innen nicht als klar männlich* oder weiblich* zuzuordnen sind, beendet werden. Dennoch lohnt es sich, die zweigeteilte Struktur, in der wir aufgewachsen sind und leben, noch genauer anzuschauen, denn es geht eben nicht nur um meine und deine Genitalien.

Es gab und gibt Gesellschaften mit zumindest etwas vielfältigeren Ideen zum Thema Geschlechteridentität. Viele Gruppen der indigenen Bevölkerung Nordamerikas kannten und kennen zum Beispiel ein Geschlecht, dass mit „two spirit“ ins Englische übersetzt wurde. Menschen also, die traditionell männliche* und weibliche* Anteile haben. Im Zuge der europäischen Kolonialisierung wurden diese Gesellschaften gewaltvoll dem binären System der Kolonialmächte unterworfen. Womit nichtbinären und nicht-weißen Menschen ein untergeordneter Platz in der Gesellschaft zugeordnet wurde und bis heute wird. Das ist etwas, was wir im Kopf behalten sollten, wenn wir uns darüber aufregen, selbst in Schubladen gesperrt zu werden; es gibt noch eine andere Dimension. Deshalb sollte wie immer für uns gelten: Über den eigenen Tellerrand schauen und solidarisch mit mehrfach von Diskriminierung Betroffenen sein.

Aber warum überhaupt so viel Binarität? („es lohnt sich“)

Der Ursprung mag christlich geprägt und fortpflanzungsorientiert sein, aber lass uns vor allem den jetzigen Zustand anschauen. Die Dualität von Mann* und Frau* kann man in unserer Gesellschaft durchaus als Voraussetzung für die Hierarchie unter beiden sehen, denn ohne eindeutige Klassifizierung, anhand welcher Merkmale würde die Hierarchie entstehen? Es wären andere, sicher, aber wohl nicht geschlechtliche. Deshalb geht die Binarität nicht nur Menschen was an, die sich jenseits der typischen Geschlechter bewegen, sondern uns alle. Es sollte uns nicht darum gehen weiblich* sozialisierte Menschen zu dominantem Verhalten und in Führungsetagen zu pushen, sondern die Freiheit zu schaffen, sich frei von „männlichem“ Vorbild Lebensentwürfe zu geben. Auf gruselige Art und Weise spannend in dem Zusammenhang ist auch, sich anzusehen, dass der Kapitalismus, wie wir ihn erleben, ohne die Funktion der stereotypen Frau* nicht funktionieren würde. Es braucht eine Rolle, die all die Abnutzungserscheinungen (Erschöpfung, Einsamkeit, ...) durch ihre emotionale und praktische Care-Arbeit auffängt.

Wenn wir also keinen Bock auf Ausbeutung im Kapitalismus haben, müssen wir uns auch mit der Zweiteilung im Patriarchat auseinander setzen. Ganz

zu schweigen von Hierarchien im Allgemeinen. Denn nur durch die Abschaffung der einen Struktur wird sich die andere Unterdrückung nicht erledigen. Der jetzige patriarchale Zustand wurde und wird oftmals auch gerne durch pseudo-biologischwissenschaftliche Ergebnisse gestützt. Aber wenn du berücksichtigst, dass die Wissenschaft aus der Gesellschaft entsteht und vielerorts mit binären Denkmustern an Fragestellungen heran geht und Daten auswertet, ist es nicht verwunderlich, dass die präsentierten Ergebnisse binäre Strukturen zu unterstützen scheinen. Außerdem hat es auch schon immer gut funktioniert, Herrschaft und Ausbeutung als „natürlich" zu konstruieren und so zu ermöglichen.

Tatsächlich setzt sich aber dennoch mehr und mehr die Erkenntnis durch, dass Geschlecht als Spektrum zu betrachten ist. Forschungsergebnisse zeigen auch, dass sich viele Menschen genetisch gar nicht klar einem weiblichen* oder männlichen* Geschlecht zuordnen lassen. Bei manchen Menschen gibt es ein Mosaik Zellen mit unterschiedlicher genetischer Ausstattung. Aber auch nach der Geburt können sich durch unterschiedliche Einflüsse, wie beispielsweise Hormone, geschlechtliche Merkmale ändern.[1] Im Großen und Ganzen ist Mensch in der Biologie also schon lange queer und männliche* und weibliche* Gehirne sind vielmehr ein Ergebnis von Sozialisierung und voreingenommener Fragestellung.[2] Warum lassen wir uns also in unseren Leben immer noch einsperren? Warum müssen wir uns erklären, wenn unsere Merkmale nicht eindeutig sind, die Blicke und Kommentare ertragen?

So wie ich lieb' wen ich will, will ich auch sein, wer ich will. Und da brauche ich keine Eckpfeiler, kein Raster, in dem ich mich einordne und dann dementsprechend meine Nippel zeigen darf oder nicht. Lasst uns unsere zugewiesenen Rollen hinterfragen und bestreiken!

★★★

Tipp zum weiterlesen:
Anarchismus queeren – C.B. Daring, J. Rogue, Deric Shannon, Abbey Volcano ■

Endnoten

[1] https://www.spektrum.de/news/die-neudefinition-des-geschlechts/1335086

[2] „Der Körper als Schicksal und Bioaktie: Eine Auseinandersetzung mit dem Gehirn im Spannungsfeld von Determination und Konstruktion." Sigrid Schmitz.

Wider die Heteronorm

★ *Von: Auf der Suche – Anarchistische Gruppe Nürnberg*

Seit 2017 ist es in Deutschland gleichgeschlechtlichen Paaren erlaubt, zu heiraten. Transpersonen ist es hierzulande möglich, medizinische Maßnahmen, wie Hormone und sogenannte geschlechtsangleichende Operationen in Anspruch zu nehmen, sowie ihren Vornamen und ihr Geschlecht rechtlich ändern zu lassen. In den meisten größeren Städten Deutschlands gibt es Anlaufstellen für LGBT+, und seit 2018 existiert der neue Geschlechtseintrag „divers".

Alles paletti also für queere Menschen? Gar kein Grund, in Deutschland zu streiken?

Der Autor dieses Textes ist selbst schwuler Transmann*. Es vergeht kaum ein Tag, an dem fremde Menschen mich nicht verwirrt anstarren, weil sie nicht so recht wissen, „was" ich denn nun bin – Junge*? Oder Mädchen*? Haare und Klamotten lassen eher auf einen Jungen* schließen, aber das Gesicht ist zumindest androgyn* und Hüften und Gestik schon ziemlich weiblich*. Sie können mich nicht einordnen und das verwirrt sie oder macht sie sogar aggressiv. Angriffe auf Transpersonen sind keine Seltenheit, viele Menschen kommen eben nicht damit klar, wenn Andere nicht in ihr Mann-Frau-Schema passen. Dazu zählen dann oft auch nicht nur fremde Menschen, sondern auch welche, die man seit Jahren kennt. Bei meiner Verwandtschaft z.B. bin ich seit einem guten halben Jahr geoutet. Meinen neuen Namen habe ich von dieser Seite seitdem viel-

leicht ein- oder zweimal gehört. Für sie bin ich immer noch ein Mädchen* (das müssen sie mir gar nicht sagen, es ist offensichtlich), denn so kennen sie mich schließlich. Alles, was abseits der heterosexuellen Zweigeschlechtlichkeit liegt, existiert für sie praktisch nicht. Da gibt es vielleicht höchstens noch den schwulen Kumpel eines Kumpels des Sohnes, der sich kürzlich geoutet hat – was soll man machen, ändern kann man´s ja eh nicht.

Damit spiegeln meine sogenannten Verwandten die deutsche Mehrheitsgesellschaft wider, für die gar nicht in Frage kommt, dass es eben nicht in irgendeiner „Natur des Menschen" liegt, dass es zwei sich zueinander heterosexuell verhaltende Geschlechter, „Männer" und „Frauen", gibt – sondern dass diese Zweigeschlechtlichkeit ein gefährliches Konstrukt ist, das überwunden werden kann und muss. Nicht indem man Geschlechter unendlich vervielfältigt und sich Menschen so aus einem langen Geschlechterkatalog nach neoliberaler Art ihre Identität aussuchen können – sondern indem „Geschlecht" als gesellschaftliche Kategorie verschwindet.

Im Moment sind wir von dieser Utopie aber noch sehr weit weg. Die autoritäre Formierung und der stärker werdende Wunsch nach klarer, eindeutiger Identität machen auch queeren Menschen das Leben immer mehr zur Hölle. Mit der AfD sitzt in Deutschland eine Partei in den Parlamenten, die offen homound transfeindliche Standpunkte vertritt, die Wiederabschaffung der gleichgeschlechtlichen Ehe fordert und den Kampf für die Rechte von Frauen* und Queers zu einem „Wahn" erklärt. Doch es ist nicht nur die AfD, die an diesem ganzen Scheißzustand schuld ist. Vielmehr erleben wir derzeit einen gesamtgesellschaftlichen Backlash, der auch liberale Errungenschaften, wie eben z.B. die Einführung der „Ehe für Alle", rückgängig zu machen droht. Gerade angesichts dieser gesellschaftlichen Lage ist ein feministischer Streik nötig, der sich auch gegen den ganzen Mist richtet, dem queere Menschen tagtäglich ausgesetzt sind.

⋆⋆⋆

Homo- und Transfeindlichkeit sind Ausdruck patriarchaler Zustände und letztendlich einer vollkommen unvernünftig eingerichteten Gesellschaft, auf die es nur eine Antwort geben kann – Streik! ■

Prozesserklärung von Ralf Dreis

Am 23. März 2019 demonstrierten ca. 3500 Antifaschist*innen in Frankfurt a.M. unter dem Motto: „Gegen den Rechtsruck in Staat und Gesellschaft". Nach dem Ende der Demo stürmte ein Greiftrupp der Polizei die S-Bahnebene der Hauptwache, um einen angeblich vermummten Demoteilnehmer festzunehmen. Im Zuge der Polizeiaktion wurden auch unsere Genossen Ralf Dreis und Michael Wilk (FAU bzw. AKU) wegen Beamtenbeleidigung und angeblicher Widerstandshandlungen vorläufig festgenommen. Gegen ihre Strafbefehle legten sie Widerspruch ein. Am 13.01.2020 fand im voll besetzten Saal des Amtsgerichts Frankfurt der Prozess gegen Ralf Dreis statt.

Wir dokumentieren die Prozesserklärung

Da es hier um die Ereignisse während und nach der Demo vom 23. März 2019 geht, ist es nötig, diese erst einmal in den damaligen gesellschaftlichen Kontext einzuordnen. Anlass für die Demo waren die wiederholten Drohschreiben gegen die Frankfurter Anwältin Seda Başay-Yıldız seit August 2018, die mit „NSU 2.0" unterschrieben waren. Başay-Yıldız hatte im Prozess gegen den rechtsterroristischen Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) Opfer vertreten. In den Drohschreiben wurde u.a. ihre zweijährige Tochter mit dem Tod bedroht. Im Zuge der Ermittlungen kam später heraus, dass die Daten für diese Drohschreiben aus einem Computer des 1. Polizeireviers Frankfurt stammten. Außerdem wurde eine

rechtsextreme Chatgruppe in der Frankfurter Polizei aufgedeckt. Zeitweise wurde gegen 38 hessische Polizeibeamte wegen rechtsradikaler Umtriebe ermittelt.

Nahezu zeitgleich war es seit September 2018 zu 10 Brandanschlägen auf linke Zentren und Wohnprojekte im Rhein-Main-Gebiet gekommen. Nur durch Zufall wurde niemand verletzt oder getötet. Schon im Dezember 2018 hatten Menschen, die im autonomen Kulturzentrum Metzgerstraße in Hanau aktiv sind, einen 46-jährigen Mann auf frischer Tat ertappt und der Polizei übergeben. Dieser Mann sitzt inzwischen, nach erneuten Brandstiftungen, seit Dezember 2019 in U-Haft. Vor einem Jahr war er nach kurzer Befragung von der Polizei entlassen worden.

Zu Recht hatten Sprecher*innen der betroffenen Projekte auf die Mitverantwortung der geistigen Brandstifter in der Frankfurter Politik an den Brandanschlägen hingewiesen. Zitat: „In Frankfurt macht eine reaktionäre Koalition aus FDP, CDU und AfD seit Monaten mobil gegen linke Zentren und Strukturen. Damit heizen sie bewusst das politische Klima an. In ihren Forderungen nach Räumung und Schließung von Orten wie Au, ExZess und Klapperfeld überbieten sich die Beteiligten beim verbalen Zündeln.“

Soweit zum Kontext, der mitbedacht werden muss, wenn man über die Vorkommnisse während und nach der Demonstration „Gegen den gesellschaftlichen Rechtsruck in Staat und Gesellschaft“ spricht. Denn schon während der Demo, für die es wie erläutert sehr gute Gründe gab, kann das Verhalten der Polizei nur als empörend bezeichnet werden. Große Teile der Demo waren ständig, zum Teil dreireihig, eingekesselt. Mindestens vier bis fünf Wasserwerfer standen an Kreuzungen drohend bereit. Darüber hinaus wurde die Demo ununterbrochen abgefilmt. Dieses Abfilmen ganzer Demonstrationen wurde in der Vergangenheit schon mehrmals von Gerichten als illegal eingestuft, was jedoch von der Polizei dreist ignoriert wird. Trotz dieser Widrigkeiten ging die Demo nach mehreren Stunden ruhig zu Ende. Es gab keinerlei Grund für Polizeimaßnahmen nach deren Ende. Dass diese trotzdem erfolgten, kann nur als Racheakt auf Grund der vielen polizeikritischen Redebeiträge gewertet werden.

Kurz nach 17 Uhr warteten wir müde und erschöpft in der Hauptwache auf unsere S-Bahn. Gerade als diese einfuhr, stürmte ein Greiftrupp der Polizei die voll besetzte S-Bahnebene, um einen Demonstranten wegen angeblicher Vermummung festzunehmen – bei dem Gedränge am Bahnsteig ein unverantwortlicher Einsatz. Als ich einen Stoß erhielt und hinter

Anzeige

mir laute Rufe ertönten, drehte ich mich um und ging zu dem Pulk der sich gebildet hatte. Der angeblich vermummte Herr F. war im Übrigen während der gesamten Demo unvermummt. Als gegen Ende der Veranstaltung in der Demospitze ein Rauchtopf gezündet wurde, zog er sich kurz ein Tuch über Mund und Nase, um den Qualm nicht einzuatmen. Das war alles. Sein Verfahren wurde eingestellt. Nun zur mir vorgeworfenen Beamtenbeleidigung. Die im mir zugestellten Strafbefehl gemachten Zeugenaussagen der beteiligten Beamten bestehen zu großen Teilen aus Auslassungen, Halbwahrheiten und Unwahrheiten.

Im Gegensatz zu ihren eigenen Aussagen waren die Beamten äußerst aggressiv. Im Gegensatz zu ihren Aussagen bestand unsere Gruppe nicht aus 30 sondern nur aus 11 Personen. Im Gegensatz zu ihren Aussagen führten sie nach dem anfänglichen empörten Wortwechsel, den angeblich vermummten Herrn F. ohne Widerstand und ohne Probleme ab. Wir folgten mit bestimmt fünf Metern Abstand, weil es für uns eine Selbstverständlichkeit ist, sich umeinander zu kümmern. Dazu gehört es natürlich, niemanden alleine in den Händen der Polizei zu lassen. Keiner der Polizeibeamten erwähnt, dass mindestens zwei von ihnen nach uns schlugen, während von uns keine Gewalt ausging. Noch während ich auf einen Beamten einredete – wörtlich: „Der hat überhaupt nichts gemacht, ich war die ganze Demo bei ihm“ – schlug dieser nach mir. Ich konnte zurückweichen und dem Schlag ausweichen. Gleichzeitig zogen sie Herrn F. weg von uns in Richtung Treppe. Dabei schlug ein anderer Beamter, rechts von mir, einer Mitdemonstrantin heftig von der Seite an den Kopf. Sie taumelte zurück, hielt sich vor Schmerz das Ohr/die Wange und musste sich hinsetzen. In diesem Moment schrie ich vor Empörung mehrmals: „Du dumme Drecksau“ und „Drecksbullen“.

Ich lege Wert auf die Feststellung, dass ich damit Kritik am Einsatz an sich ausgedrückt habe, ohne einen einzelnen Beamten persönlich anzusprechen. Ich habe auch kein Problem damit, mich für diese auf niedrigstem Niveau angesiedelte Beleidigung, das in dem Moment dem Verhalten der Beamten entsprach, zu entschuldigen. Ich lege jedoch Wert darauf, dass dies keineswegs bedeutet meine Kritik an diesem völlig unnötigen, gefährlichen und gewalttätigen Polizeieinsatz zurückzunehmen. Wenn ich im Nachhinein noch lese, dass in Hannover vermummte Nazis unter Polizeischutz demonstrieren und die Polizeiführung nach Kritik öffentlich erklärt, dies sei keine Vermummung, die Nazis wollten nur nicht als solche erkannt werden, dann wird der Einsatz in Frankfurt noch fragwürdiger.

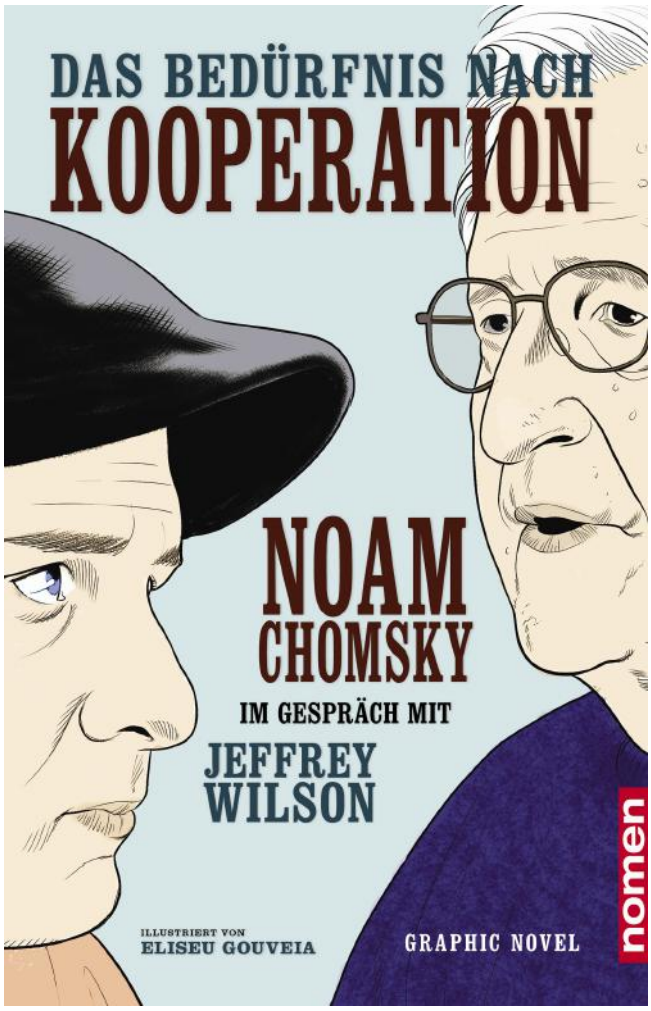
Völlig unabhängig davon, dass Herr F. nicht vermummt war, ist bei solchen Aussagen und der immer wieder öffentlich werdenden Zusammenarbeit von Polizeibeamten mit Nazis und Rechtsradikalen, das Verdecken des Gesichts auf antifaschistischen Demos ein legitimer Selbstschutz. Denn um es noch einmal klar zu sagen. Seit Jahrzehnten bedrohen, schlagen, mordbrennen und morden Nazis. Wir als Antifaschisten und Antifaschistinnen stehen dagegen für ein gleichberechtigtes, solidarisches Leben für alle Menschen. Und dafür werde ich mit aller Kraft weiterhin kämpfen.

Nach dreistündiger Prozessdauer wurde das Verfahren gegen die Zahlung von 600,- Euro an ein Mädchenzentrum, das sich um unbegleitete geflüchtete Mädchen kümmert, eingestellt. Der Prozess gegen Michael Wilk ist auf den 23.03.2020 im Amtsgericht Frankfurt terminiert. Kommt zum Prozess – Keine*r alleine vor Gericht – Solidarität ist eine Waffe! ■

Buchrezension: Graphisches Interview mit Noam Chomsky

★ *Von: Maurice Schuhmann*

Noam Chomsky gilt als einer der größten lebende Intellektuellen der USA. Er ist emeritierter Professor für Linguistik am MIT und Mitglied der radikalen, US-amerikanischen Gewerkschaft IWW. Seit Mitte der 60er Jahre ist er ein wichtiger Vertreter der amerikanischen Oppositionsbewegung. Er war u.a. bei den Protesten gegen den Vietnamkrieg aktiv. In der vorliegenden Graphic Novel werden die im Gespräch mit Jeffrey Wilson, einem Doktoranden in Geographie, entwickelten Gedanken von Noam Chomsky dargestellt. Sie drehen sich um Themenbereich Widerstand gegen staatliche sowie institutionelle Über- und Eingriffe in das Leben von Bürger_innen. In acht Kapiteln werden dabei Aspekte von Noam Chomskys politischer Theorie dargestellt und anhand von realen Geschichten erläutert. Hierzu zählen u.a. die selbstorganisierte Bibliothek von Occupy Wallstreet oder studentische Proteste. Wiederholt finden sich dabei auch Rückbezüge auf klassische Theoretiker – wie z.B. Bakunin, Wilhelm von Humboldt oder Bertrand Russel, die ihm als Inspiration dienen. Eingebettet ist dies in Chomskys Analysen der Gesellschaft. Illustriert ist dies von Eliseu Gouveia, der u.a. für Marvel tätig ist. Auf 112 Seiten ist dabei natürlich nur möglich, einen sehr kleinen Teil von Chomskys politischer Theorie abzubilden. Große Themen wie die staatlich betriebene Medienmanipulation oder auch die Stellungnahmen zum Nahost-Konflikt fehlen hier völlig. Das ist ein generelles Defizit in jenem Formats, sollte aber zumindest ein bisschen reflektiert und eingeordnet werden. Das ist ein kleines Manko in der ansonsten guten Adoption. Die diesbezüglich Bewerbung in der Presse dieses Graphic Interviews ist in dieser Hinsicht daher irreführend. Für eine Einführung in Chomskys Denken ist dieser Band daher auch nur bedingt relevant. Neben diesem graphischen Interview mit Chomsky, welches bereits 2018 in den USA erschien, sind beim gleichenVerlag mehrere Texte von ihm in deutscher Übersetzung erschienen. ■



★★★

Das Bedürfnis nach Kooperation. Noam Chomsky im Gespräch mit Jeffrey Wilson, Nomen Verlag Frankfurt / M. 2019, 112 S., ISBN: 9783939816638, Preis: 18 €.

[Teil 2 von 2, Teil 1 in Gai Dao Nº 106 01/2020]

Für eine neue anarchistische Theorie!

★ *Von: Jonathan Eibisch*

Kurzzusammenfassung:
Im ersten Teil des Textes habe ich erläutert, inwiefern im Anarchismus ethische Werte, organisatorische Prinzipien und theoretische Grundsätze zusammengehören und kontinuierlich aufeinander bezogen werden. Darauf aufbauend wurden Grundüberlegungen der anarchistischen Theorie zu Pluralität, Kooperation, sozialer Singularität, freier Vereinbarung und Selbstorganisation dargestellt. Es ging darum, Herausforderungen für eine anarchistische Theoriebildung zu benennen, weil diese nicht einfach irgendwie betrieben werden kann. Anschließend an die Erkenntnis, dass es verschiedene Herrschaftsverhältnisse gibt, die miteinander verwoben sind, wird hier nun weiter auf Beschreibungsmöglichkeiten von Herrschaft eingegangen, werden Umrisse einer anarchistischen Subjekt- und Hegemonietheorie und eines anarchistischen Politikverständnisses dargestellt um abschließend zu diskutieren, welchen Beitrag eine anarchistische Theoriebildung leisten kann.

Dimensionen der Herrschaftsordnung

Staat, Kapitalismus, Patriarchat, Nation und Mitweltunterwerfung wurden als bedeutendste, miteinander verwobene Herrschaftsverhältnisse benannt. Sie manifestieren sich in verschiedenen Dimensionen und zwar (mindestens) in jenen von *herrschenden Klassen*, *Herrschaftsinstitutionen*, *Herrschaftspersonal*, *Herrschaftsideologien* und *Herrschaftssubjekten*.

Mit *herrschenden Klassen* sind keineswegs vorrangig wichtige Politiker*innen gemeint, sondern soziale Klassen, von denen die meisten Menschen nur aus der Zeitung hören. Wir stoßen aber auch auf sie, wenn wir nachforschen, wem das Unternehmen unseres Arbeitgebers eigentlich gehört, wer die Nahrungs-, Chemie-, Öl-, Rüstungs- und Technologiekonzerne besitzt und wer hinter dieser oder jener Immobilienfirma steckt. Materielles Vermögen, juristische und politische Macht und sozialer Status greifen hierbei erstaunlich deutlich ineinander. Einer Studie zufolge besaßen im Jahr 2000 1% der Weltbevölkerung allein 40% des weltweiten globalen Vermögens und die reichsten 10% zusammen 85,2%. Die ärmsten 50% der Weltbevölkerung verfügten dagegen zusammen lediglich über 1% des weltweiten Vermögens. Dies ist vergleichbar damit, dass von 100 Personen eine einzige 90% besitzt, während sich 99 Personen die restlichen 10% aufteilen müssen. Diese Vermögensverteilung beinhaltet ebenfalls eine Ahnung davon, wer den gesellschaftlichen Reichtum eigentlich für welchen Lohn produziert und wohin er wandert. Keine Sklavenhalter-Gesellschaft der Menschheitsgeschichte konnte die Ausbeutung menschlicher Arbeit und der Mitwelt sowie die Reichtumsverteilung an eine winzige Elite je so umfassend, nachhaltig und stabil organisieren, wie der neoliberale Kapitalismus seit den 1970er Jahren. Diese ökonomische Elite, die zugleich soziale, geschlechtliche und kulturelle Normen maßgeblich mitbeeinflusst und einen gigantischen Einfluss auf die Politik der Nationalstaaten hat, tut alles daran, um ihre angemaßten Privilegien auf die Ewigkeit militärisch und juristisch zu zementieren und Normalsterbliche von sich fern zu halten. Unbegreiflich, dass viele proletarisierte Menschen dennoch an das Märchen von der fleißigen Erarbeitung eines sozial relativ abgesicherten Zustands glauben, anstatt sich zu nehmen, was ihnen zusteht!

Als *Herrschaftsinstitutionen* fallen zunächst alle staatlichen Institutionen ins Auge, da es die Besonderheit des politischen Herrschaftsverhältnisses ist, die anderen Herrschaftsverhältnisse zu strukturieren. Die bekannten Formen staatlicher Institutionen beziehen sich auf die Funktionen der Legislative, Exekutive und Judikative. Der moderne Staat unterhält eine Vielzahl von Institutionen um in so gut wie alle gesellschaftliche Bereiche und individuelle Le-

bensverhältnisse eingreifen zu können. Anhand staatlicher Ministerien, ihrer Referate und ihres jeweiligen Finanzbedarfs lässt sich gut nachvollziehen, in welche Bereiche staatliche Institutionen eingreifen. Dazu monopolisiert der Staat das Recht auf die Anwendung von Gewalt und ihre Mittel – nach innen in Form der Polizei, nach außen in Form des Militärs. Der historisch überlebte Staat gilt als ein Zusammenschluss von bürokratischen, militärischen, politischen und religiösen Institutionen. Allein ihre schiere Größe bringt es mit sich, dass in staatlichen Institutionen die Interessen unterschiedlicher sozialer Klassen und Gruppierungen vertreten sind, die teilweise auch in Konflikte miteinander treten. Verbunden werden sie allerdings in ihrer direkten Herrschaft über Arme, Ausgegrenzte und Nicht-Bürger*innen und dem Anspruch, „rational" zu herrschen. Doch auch die anderen Herrschaftsverhältnisse sind teilweise institutionalisiert. Die Golfclubs der Reichen sind eine Institution für wenige. Die patriarchale Kleinfamilie ist eine gesellschaftliche Institution für sehr viele.

Auch in Hinblick auf das *Herrschaftspersonal* ist es naheliegend zunächst an die Beamt*innen in staatlichen Institutionen zu denken. Eine ungeheure Anzahl von Menschen ist mit der Verwaltung von anderen Menschen beschäftigt, damit diese lohnarbeiten können, ihre Steuern bezahlen, sich sozial verträglich verhalten und alles in allem konforme Staatsbürger*innen bleiben. Darüber hinaus können auch viele Journalist*innen und Kulturschaffende als Teil des Herrschaftspersonals gelten, auch wenn sie zu sehr unterschiedlichen Graden mit diesem verbunden sind. Historisch nahmen auch viele Schichten des Klerus Funktionen des Herrschaftspersonals wahr. Das Herrschaftspersonal befindet sich in hierarchischen Institutionen, in denen es Gehorsam leistet und Loyalitätsnetzwerke pflegt um darin aufzusteigen. In der Regel wird dadurch ein reibungsloser Ablauf der gesellschaftlichen Maschine ermöglicht.

Da Herrschaft nicht naturgegeben ist, sondern von Menschen entwickelt und anderen Menschen aufgezwungen wurde, entstanden seit ihren Anfängen *Ideologien*, um sie zu legitimieren, sie als gut und alternativenlos zu behaupten. Eine der grundlegendsten Ideologien ist jene, dass Menschen ohne Herrschaft gar keine Gesellschaft bilden könnten, sondern sich gegenseitig umbringen würden. Ideologien sind erforderlich um die angebliche Ungleichwertigkeit der Menschen zu begründen und zu rechtfertigen, sei es in einer sexistischen, rassistischen oder klassistischen Hinsicht. Ideologien führen dazu, dass ein großer Teil der Bevölkerung morgens auf Arbeit geht und sich moralisch schlecht fühlt, seinen Urlaubsanspruch einzufordern oder krank zu machen. Überhaupt ist das moralische Gewissen weitgehend von Norm- und Wertvorstellungen geprägt, die dazu dienen, die bestehende Herrschaftsordnung aufrechtzuerhalten und die privilegierten Klassen in ihren Machtpositionen zu festigen. Traditionell spielten Religionen in diesem Zusammenhang eine große Rolle – und tun es heute, wenn auch in gewandelter Form, oftmals immer noch. In modernen westlichen Gesellschaften wurde jedoch auch der Individualismus zu einer Ideologie. Und Ideologien sind erforderlich, um eine Kompensation für die erfahrene Zurücksetzung und eine Erklärung für soziales und psychisches Elend zu finden, indem die Schuld an der eigenen Lebenssi-

tuation oder gesellschaftlichen Problemen entweder bei einen selbst oder bei stigmatisierten Gruppen gesucht wird. Anhand des Antisemitismus lässt sich insbesondere nachvollziehen, wie gravierend der ideologisch kanalisierte Vernichtungsdrang von Menschen werden kann, als auch, wie eng Ideologie und Wahn ineinandergreifen.

Subjekte von Herrschaft sind wir alle. Alle Menschen in herrschaftsförmigen Gesellschaften werden von dieser direkt oder vermittelt unterworfen und geformt (s.u.). Daher sind Vorstellungen davon, wie wir ohne Herrschaft geworden wären, reine Spekulationen, denn auch im Widerstand gegen Herrschaft formen wir uns – in Auseinandersetzung, Abgrenzung und Bezug auf diese. Eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse kann nicht primär über die Veränderung der Subjekte gelingen, da ihre Formung materielle und soziale Grundlagen hat, die zunächst verändert werden müssten. Gleichzeitig sind wir nicht einfach Produkte von Herrschaft, sondern haben (zu sehr unterschiedlichen Graden) Einfluss darauf, wie wir uns formen lassen und wie wir damit umgehen. Aus diesem Grund ist es eine sehr schwierige Frage, in welcher Hinsicht wir Menschen als verantwortlich für ihre Handlungen und ihre Seinsweise machen können und innerhalb welchen Rahmens sie sich emanzipatorisch verändern können. Subjektivierung kann je nach sozialer Klasse, Milieu und Geschlecht sehr verschieden aussehen. Sie geschieht unter widersprüchlichen Anforderungen, sodass auch Aspekte, die zeitweise dienlich waren zur Funktionsweise der Herrschaftsordnung sie unter anderen Umständen blockieren können.

Die Parallelität verschiedener gesellschaftlicher Verhältnisse

Nach der Darstellung verschiedener Herrschaftsverhältnisse und der Dimensionen von Herrschaft entsteht möglicherweise bei den Lesenden ein Gefühl, völlig erschlagen und ohnmächtig gegenüber gesellschaftlicher Herrschaft zu sein. Dies wäre zumindest verständlich und berechtigt. Mit anarchistischer Theorie sind Herrschaftsverhältnisse in ihren verschiedenen Facetten und Dimensionen zu untersuchen, zu beschreiben und zu benennen, damit sie überhaupt angegriffen und umgangen werden können. Gleichzeitig sahen Anarchist*innen es nie als ihre Aufgabe an, utopische Gesellschaften am Reißbrett zu entwerfen, sondern waren sie solchen Ent-

Anzeige

würfen gegenüber im Gegenteil äußerst skeptisch, weil mit ihnen Anarchie auf ein bloßes Ideal reduziert wird und Utopien zur Rechtfertigung totalitärer Programmen dienten. Damals wie heute sahen und sehen kritisch und widerständig eingestellte Menschen konkrete Probleme, gegen die es anzukämpfen gilt. In der *Negation des Schlechten* liegt zugleich eine Vorstellung des Guten begründet, welches wir ausweiten und verwirklichen wollen. Trotzdem ist Anarchismus vor allem ein *konstruktives Projekt* und muss es umso mehr sein, da es in unserer Zeit aktuell keine „großen Erzählungen" darüber gibt, wie die bestehende Gesellschaft in Richtung eines libertären Sozialismus' transformiert werden könnte. In diesem Zusammenhang besteht eine bedeutende anarchistische Annahme darin, dass Herrschaftsverhältnisse zwar dominant, aber nicht allein existent oder gar allmächtig sind.

Die Öffentlichkeit lässt sich auch ohne politisches Herrschaftsverhältnis, nämlich egalitär, konsensual und partizipatorisch organisieren. Die Ökonomie kann auch dezentral-sozialistisch in Form einer Vielzahl von miteinander vernetzten Kooperativen und Kollektivbetrieben organisiert werden. Das heteronormative-sexistische Geschlechterverhältnis ist kein Naturgesetz, sondern kann unterschiedlichsten Formen geschlechtlicher Selbstbeschreibungen und sexueller Orientierungen, sowie der Freiheit, sich nicht definieren zu müssen, weichen. Das Konstrukt Nation kann theoretisch und auch ganz praktisch aufgelöst werden, wenn klargemacht wird, dass die Bevölkerung in einem Landstrich schon immer ganz unterschiedlich war und dies kein Kriterium für ihre freiwillige Zugehörigkeit zu Kollektiven bildet. Die Naturbeherrschung schließlich kann mit einer Infragestellung des anthropozentrischen Weltbildes überwunden werden, indem wir begreifen und erfahren, dass wir tatsächlich mit allen Lebewesen verbunden sind und die Isolierung des Menschen als Spezies uns selbst nicht gut tut.

Glücklicherweise bewegen sich Menschen täglich und massenweise in ganz anderen gesellschaftlichen Verhältnissen als in den dominierenden der Herrschaft. Angesichts der multiplen Krisenerscheinungen unserer Gesellschaften sollte die Frage nicht lauten: „Warum bricht eigentlich nicht alles zusammen?", sondern: „Warum wird alles soweit aufrechterhalten?" Dies beinhaltet, dass Menschen die gewohnte und mächtige Herrschaftsordnung teilweise freiwillig zustimmend mittragen. In diesem Gedanken steckt aber ebenfalls die Einsicht darin, dass viele Menschen jeden einzelnen Tag auf eine egalitäre und solidarische Weise erst die Gesellschaft erzeugen, welche durch die Herrschaftsordnung kolonialisiert wird. Es sind nicht nur bloße Zwänge und Ängste, die Menschen „weitermachen" lassen, sondern auch die Erfahrungen, dass ihr Leben nicht allein durch Herrschaftsverhältnisse strukturiert ist. Von etwas anderem können wir nicht ausgehen, wenn wir annehmen, dass eine neue Gesellschaft nur aus der alten entstehen kann.

Im Unterschied zum Marxismus besteht anarchistische Theorie darauf, dass es nicht erst des modernen Staates, des Kapitalismus, des Patriarchats bedarf, um darauf aufbauend in den Sozialismus einzutreten. Vielmehr gilt es nach gesellschaftlichen Verhältnissen zu suchen, die parallel zu diesen existieren und davon ausgehend radikale und emanzipatorische Veränderungen anzustreben. Ob sie nun „Hubs", „Keimzellen", „Zwischenräume" oder „Freiräume" genannt werden ist dabei zweitrangig. Wichtig ist

allerdings, sie nicht vorrangig in links-alternativen Szenen zu suchen, sondern sich bewusst aus diesen heraus zu begeben, wenn es darum geht, parallel existierende gesellschaftliche Verhältnisse aufzuspüren. Übrigens sind diese stets kritisch zu überprüfen und zu hinterfragen. Immerhin gibt es leider auch zahlreiche antiemanzipatorische Gruppen und Bewegungen, welchen andere Gesellschaftsmodelle vorschweben, die sie ebenso im Kleinen verwirklichen wollen, seien es Reichsbürger*innen, fundamentalistische Gläubige oder auch Marktradikale. Es ist klar, dass diese keine Ausgangsbasis für eine soziale Revolution darstellen, auch wenn sie parallele Verhältnisse herstellen und sich teilweise sogar der Freiraum-Rhetorik bedienen – wenngleich sie bei näherer Betrachtung ebenfalls herrschaftsförmig sind.

Oftmals fällt es uns schwer, echte emanzipatorische gesellschaftliche Alternativen in unseren Projekten oder denen anderer zu sehen. Es stimmt, sie scheinen nicht viele zu sein und wo es sie gibt, funktionieren sie auch oft nicht besonders gut. Dies spricht andererseits aber nicht dagegen, sich mit ihnen zu beschäftigen und Potenziale in ihnen zu sehen. Sozialdemokratische Parteipolitik und kommunistische Avantgarde-Ansätze eignen sich aus anarchistischer Perspektive für die soziale Revolution jedenfalls keineswegs besser.

Gestaltung unserer Seinsweisen: Anarchistische Subjekttheorie

Als Subjekt wird die gesellschaftliche Form bezeichnet, welche Menschen in einer bestimmten Gesellschaftsform annehmen sollen bzw. müssen, um in dieser als anerkannt zu gelten und handlungsfähig zu sein. Menschen gehen nicht in dieser Subjektform auf, zumal sie widersprüchlich ist und nicht einmal feststeht, sondern fortwährend aufs Neue erzeugt werden muss. Dennoch formen die Vorstellungen und Anforderungen der Herrschaft uns nicht lediglich in unserem Verhalten anderen gegenüber, sondern erzeugen unsere ganze Persönlichkeit mit, sodass auch unser Fühlen und Unbewusstes von ihnen durchdrungen und kaum ohne sie vorstellbar ist. In der „bürgerlichen" Gesellschaft gilt das bürgerliche Subjekt als dominante Subjektform. Darüber hinaus existieren auch zahlreiche andere Subjektformen, wie proletarische, migrantische oder homosexuelle Subjekte. Entscheidend ist, dass sie gezwungen sind, sich in Abgrenzung und Bezug zur dominanten Subjektform zu definieren.

Tatsächlich entsprechen die allermeisten Menschen gar nicht den Standardvorstellungen von heteronormativen, leistungsstarken, weißen usw. Personen. Die meisten ringen damit, sich selbst in Bezug auf gesellschaftlich dominante Normen zu definieren oder sich von ihnen abzugrenzen. Dementsprechend führt die Nichterfüllung der Anforderung an das eigene Subjektsein keineswegs zwangsläufig zu einer emanzipatorischen Haltung, also zu einer Infragestellung der gesellschaftlichen Form Subjekt überhaupt und seiner eigenwilligen Gestaltung. Oftmals ist es eher der Fall, dass Menschen, die sich als Subjekt nicht passend oder anerkannt fühlen, umso mehr dafür tun müssen, um sich entsprechend zu formen. Das geht beim Bodybuilding oder Schminken los, zum Beispiel über in eine hochtrabende Sprache, dem Exhibitionismus in sozialen Netzwerken oder der permanenten Rede von den letzten Urlauben. Selbstverständlich ist es ihr Ding, wie sich Menschen kleiden, reden oder womit sie sich beschäftigen. Leider geschieht Subjektivierung, also die Fremd- und Selbstformung von Menschen, jedoch nicht als Hobby, sondern unterliegt enormen gesellschaftlichen Zwängen. Sie wirkt in Abgrenzungen und Isolierung zu Anderen und bedient sich oftmals ihrer Abwertung anhand vorgegebener hierarchischer Muster. Mit ihr werden eigene Persönlichkeitsanteile abgespalten oder unterdrückt, weil sie als unpassend empfunden werden. Und sie erweckt in uns die Vorstellung, dass wir für unseren sozialen Status und unser Glück selbst verantwortlich sind, ebenso wie alle anderen jeweils für sich, anstatt unseren Blick auf die gesellschaftlichen Verhältnisse zu richten, welche erst bestimmte Subjektformen hervorbringt, denen wir entsprechen sollen.

Ich habe schon erwähnt, dass eine anarchistische Subjekttheorie nicht davon ausgeht, dass Menschen in der Subjektform aufgehen, sondern sich auch in eine kritische Distanz zu ihren Zuschreibungen, ihrer

Selbstdarstellung, ja auch zu ihren Gedanken und Gefühlen begeben können. Dies ist die Grundlage dafür, dass wir Menschen – mit ihren jeweiligen Vorgeschichten, Prägungen und Zwängen – durchaus als für ihr Handeln verantwortlich ansehen und auf die Möglichkeit ihrer schrittweisen Veränderung bauen. Anarchismus ist jedoch kein Selbstfindungsprojekt, sondern will vorrangig die gesellschaftlichen Umstände ändern, unter denen Menschen geformt werden, sowie Orte schaffen, in denen sie ohne Angst verschieden sein können. Denn die Erfahrung unserer eigenen Pluralität und Andersartigkeit ist eine wesentliche Grundlage, um einen emanzipatorischen Umgang mit Menschen zu finden, die ja alle in einer herrschaftsförmigen Gesellschaft sozialisiert und von ihr geformt sind. „Selbstveränderung" wird in anarchistischer Theorie nicht isoliert betrachtet, sondern geschieht dort, wo Menschen sich in Opposition zur dominanten Subjektvorstellung verorten, über sie reflektieren und gegen sie rebellieren. Emanzipation ist ein Vorgang, der mit konkreten Menschen zu tun hat und auf der Hoffnung beruht, dass es für sie persönlich und viele andere die Chance auf ein besseres, abgesichertes, selbstbestimmtes Leben gibt. Dies ist keine Erfahrung, die wir vorrangig oder überhaupt mit uns allein machen können, sondern sie findet stets in Auseinandersetzung mit Anderen statt. Wir müssen uns von der Vorstellung lösen, vereinzelte Individuen zu sein, wie der Liberalismus uns weiß machen will und als die der Staat uns in Geiselhaft nimmt. Stattdessen können wir lernen, miteinander und mit Menschen anderer Generationen und der nicht-menschlichen Welt verbunden zu sein. Diese Verbindungen sind nichts an sich Gutes, denn darunter sind sicherlich viele Menschen, mit denen wir uns nicht freiwillig assoziieren würden. Deswegen ist die Abwehr gegenüber Zwangsgemeinschaften wie beispielsweise dem „Volk" sehr verständlich. Gerade weil wir mit Allen verbunden sind (auch wenn es sich oft nicht so anfühlt), funktioniert Emanzipation jedoch nicht individuell, sondern nur kollektiv. Dies ist die Grundlage dafür, damit Menschen ihrer Beherrschung in Form der „freiwilligen Knechtschaft" nicht mehr zustimmen, sondern ein Leben in Freiheit, Selbstbestimmung und Kooperation erlernen.

Populär gegen Hegemonie! – Anarchistische Hegemonietheorie

Ein weiterer wichtiger Baustein für die Erneuerung anarchistischer Theorie scheint mir die Auseinandersetzung mit Hegemonietheorien zu sein. Unter „Hegemonie" wird ein politisch-kultureller Zustand verstanden, in dem ein politisches Projekt die Zustimmung der Beherrschten hergestellt und Kompromisse zwischen gegensätzlichen Interessen herrschender Klassen wie auch mit den direkt unterworfenen Klassen geschlossen hat. Dazu gibt es verschiedenste althergebrachte und neu entwickelte Herrschaftstechniken, wie etwa das Versprechen von physischem Schutz, materieller und beruflicher Absicherung, öffentlicher Würdigung, die Einbindung der sogenannten „Zivilgesellschaft", die partielle Zulassung von Kritik am Herrschaftsstil und dergleichen. Ziel ist also nicht eine perfekte, alles durchdringende Kontrolle, sondern vor allem die Garantie der Aufrechterhaltung des *status quo* – wozu mitunter auch gewisse Veränderungen in der Herrschaftsordnung vorgenommen werden müssen. Wichtig hierbei ist, dass Hegemonie nicht zuerst auf der politischen Ebene hergestellt wird, sondern auf jener der Kultur. Dies geschieht durch die sogenannte Zivilgesellschaft, welche bestimmte politische Projekte hervorbringt und mitträgt. Die Herstellung von „Konsens" in Demokratien sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass grundlegend auch weiterhin Zwang und Gewalt angewandt und mit ihnen gedroht wird.

Insofern Anarchist*innen Herrschaft an sich ablehnen und sich deswegen auch keiner Herrschaftsmittel bedienen, richten sie sich ebenfalls gegen Strategien, welche die Erringung von Hegemonie zum Ziel haben. Beim anarchistischen Verständnis von Konsens geht es – idealtyptisch – nicht um die Einbindung der Konkurrent*innen indem ihnen Zugeständnisse gemacht und Kompromisse geschlossen werden. Vielmehr werden echte gemeinsame Positionen und Handlungsweisen herausgearbeitet, die jedoch immer wieder neu zur Verhandlung gestellt werden können und nur zu dem Grad wirkmächtig werden, wie sie tatsächlich von den Beteiligten mitgetragen werden. Dennoch geht es in anarchisti-

schen Strategien oftmals darum, zumindest in einzelnen Stadtvierteln eine Basispolitik von unten zu machen und die dort lebenden Menschen zu organisieren und zu agitieren. Es ist (meiner Ansicht nach) richtig und erforderlich, dass wir *mehr werden* müssen, wenn wir den Anspruch haben, zur sozialen Revolution beizutragen und anarchistische Vorstellungen in sie hineinzutragen. Ebenso finde ich nichts Falsches oder an sich Problematisches dabei, Menschen zu prägen, zu überzeugen und einzuladen. Ja, wir sollten uns Macht aneignen, um egalitäre und solidarische gesellschaftliche Verhältnisse zu stärken und auszubauen. Die kritische Frage an dieser Stelle lautet, wann Macht zu Herrschaft wird und ab wann ein populäres (also nicht szene-mäßig elitäres) anarchistisches Projekt dahin tendiert, hegemoniale Praktiken anzuwenden um bestimmend und führend zu werden. Diese Gefahr liegt im Moment noch in weiter Ferne. Dennoch ist die Frage theoretisch wichtig, weil sie beinhaltet, wie wir uns in unserem täglichen Handeln ausrichten.

Richard Day hat in diesem Zusammenhang ein wertvolles Buch geschrieben, in welchem er beschreibt, dass der radikale Flügel der globalisierungskritischen Bewegung sich faktisch nicht-hegemonial und antihegemonial organisiert und entsprechende Praktiken hervorbringt. Dies stellt einen sinnvollen Ansatz dar, weil der Anspruch, ein größeres Projekt mit Vielen, damit nicht aufgegeben, sondern von anarchistischen Prinzipien der Dezentralität, Autonomie, Horizontalität usw. ausgehend, aufgemacht wird. Heruntergebrochen bedeutet dies, dass ein Verständnis, wie die Herstellung von Hegemonie funktioniert, sehr aufschlussreich für Anarchist*innen sein kann. Damit können sie sich die Frage stellen, wie sie eine (Anti-)Macht organisieren, mit welcher die hegemoniale Orientierung politischer Projekte gebrochen und unterlaufen werden kann. Ein anarchistisches Verständnis von Hegemonietheorien macht somit denkbar, dass sich ein libertärer Sozialismus Macht aneignen kann, ohne Herrschaft auszuüben und dass soziale Revolutionär*innen in ihm Orientierung geben können, ohne deswegen die Führung zu übernehmen.

(Anti-)Politik als anarchistisches Politikverständnis

Bei der knappen – und deswegen verkürzten – Darstellung einer anarchistischen Perspektive auf die Subjekttheorie und die Hegemonietheorie wurde jeweils schon deutlich, dass mein Ansatz darin besteht, anarchistische Theorie (und auch Praxis) als ein Denken und Handeln in Paradoxien anzusehen. Dies ist meiner Ansicht und Erfahrung nach eine sinnvolle Möglichkeit, mit den gesellschaftlichen Widersprüchen auf eine produktive und emanzipatorische Weise umzugehen. Nur, wenn wir die durch sie entstehenden Spannungen aushalten und weiterentwickeln können, ist es uns möglich, eine radikale Ethik, Organisation und Theorie zu entwickeln. Eine offene Frage scheint mir jedoch zu sein, ob Anarchist*innen eine *radikale Politik* vertreten oder ob sie nicht vielmehr eine *radikale Kritik des Politischen* entwickeln, deswegen selbst auch gar keine Politik betreiben, sondern bewusst *anti-politisch* handeln.

Unter „Politik“ verstehe ich in diesem Zusammenhang den Modus des Aushandelns konträrer Interessen verschiedener sozialer Gruppen in einer durch Herrschaftsverhältnisse vielfach gespaltenen („antagonistischen“) Gesellschaft. Die jeweiligen politi-

schen Gruppierungen und Projekte verfügen dabei zu sehr unterschiedlichem Grad über ökonomische, kulturelle, symbolische und politische Macht um allgemein verbindliche Entscheidungen herbeizuführen, zu beeinflussen oder zu verhindern. Das heißt Politik findet immer auf einem durch Macht charakterisierten und geformten politischen Feld statt, dessen Gestalt selbst Ergebnis von sozialen Kämpfen ist. Sie manifestiert sich in bestimmbaren Institutionen und Abläufen, die durch frühere politische Kämpfe geformt wurden. „Radikale Politik" – jeglicher politisch-weltanschaulicher Ausrichtung – tritt mit dem Anspruch auf, nicht nur im Spiel der politischen Auseinandersetzungen zu partizipieren, sondern die Bedingungen zu verändern, nach denen Politik selbst funktioniert. Sozial-revolutionäres Handeln zielt hingegen nicht auf „mehr", „andere", „direktere" oder „echtere" Politik (und Demokratie), sondern im Gegenteil auf die Begrenzung und perspektivische Überwindung von Politik zugunsten dezentraler, horizontaler, freiwilliger, föderaler und autonomer Organsationsmodi.

Weil dies freilich nur gemeinsam mit der Überwindung der antagonistischen herrschaftsförmigen Gesellschaft gelingen kann, sind Anarchist*innen nicht „unpolitisch" und nur manchmal „apolitisch", sondern „anti-politisch": Sie arbeiten sich notgedrungen an politischen Prozessen ab (neue Gesetze, Haushaltsbeschlüsse, Wahlen, Skandale usw.) und bedienen sich widerwillig bisweilen politischer Mittel und Ausdrucksformen (angemeldete Demonstrationen, Bürger*inneninitiativen, formelle Presseerklärungen, bestimmte Forderungen etc.). Anarchistische Anti-Politik bezeichnet eine radikale Kritik am Politikmachen (den Machtkämpfen, der Verlogenheit, den faulen Kompromissen...), dem auch Irgendwie-Linke und Sozialdemokrat*innen fast vollständig verfallen sind. Mit Anti-Politik wird aufgezeigt, dass es viele andere Möglichkeiten gibt, wie wir Missstände thematisieren, uns gegen sie organisieren und gegen sie vorgehen können. Im weiteren Sinne steht dafür der anarchistische Begriff der *direkten Aktion*. Mit direkten Aktionen wird nicht auf vermittelnde (Zwangs-)Institutionen zurückgegriffen oder an sie appelliert, werden keine Menschengruppen für bestimmte Interessen instrumentalisiert, sondern stattdessen ihre Ermächtigung und Selbstorganisation gefördert. In direkten Aktionen spiegeln sich jedoch auch Vorschläge, wo es hingehen kann. Sie verkörpern die ethischen Werte und emanzipatorischen Inhalte, für die sie eintreten und entstehen aus Organisationsformen, mit welcher die angestrebte kommende Gesellschaft vorweggenommen werden soll. Tatsächlich gäbe es in einer vollständig verwirklichten Anarchie keine Politik (im oben beschriebenen Sinne) mehr. Konflikte (die weiterhin bestehen werden, aber viel weniger bedrohlich wären) würden durch andere Formen von Aushandlungsprozessen entspannt und in Institutionen bearbeitet werden, die sich beispielsweise an Konzepten von Rätesystemen orientieren.

Da wir die Bedingungen unseres Handelns jedoch nicht frei wählen können, sondern – zumindest teilweise – auf gegebene Bedingungen der bestehenden hierarchischen Gesellschaft zurückkommen müssen, selbst wenn wir für die Anarchie streiten, bewegen sich Anarchist*innen in einem Widerspruch. Im Unterschied zu anderen Sozialist*innen und auch den meisten Linksradikalen, sehen sie nicht ein, einfach die bittere Pille zu schlucken und „radikale Realpolitik" zu betreiben. Andererseits bestätigt es zwar das eigene Ego, vermeintlich radikal und konsequent zu sein, etwa indem Politik vollständig abgelehnt wird. Dies bringt jedoch insbesondere von Herrschaftsverhältnissen schwer betroffene Menschen wenig weiter, die wir unmöglich auffordern können, sich „für die Sache" zu opfern, sondern deren Sache es vielmehr sein sollte, dafür zu kämpfen, dass sich ihre Lebenssituationen und -umstände spürbar zum Besseren verändern. Dies ist der Grund, warum Anarchist*innen meiner Ansicht und auch meiner Wahrnehmung nach *in-gegen-und-jenseits von Politik* agieren und diesen Widerspruch nur im Zuge der radikalen strukturellen Erneuerung der Gesellschaft minimieren können. Um dies zu beschreiben, sinnvoll zu thematisieren und – darauf aufbauend – weiterentwickeln zu können, schlage ich vor, in der anarchistischen Theorie den Begriff *(Anti-)Politik* zu verwenden.

Das Streben nach Autonomie, Selbstbestimmung und Selbstorganisation als gemeinsame Grundlage im Anarchismus

Wie eingangs anhand des Schemas veranschaulicht wurde, steht Anarchismus nicht für irgendwas, sondern für bestimmbare ethische Werte, Organisationsprinzipien und theoretische Grundsätze, die aus jahrzehntelangen Erfahrungen in sozialen Bewegungen gewonnen wurden und miteinander im Zusammenhang stehen. Auch wenn alle diese Aspekte gleich wichtig sind, scheint es mir dennoch so zu sein, dass die ganz verschiedenen anarchistischen Projekte, Gruppen und Strategien letztendlich darin verbunden sind, dass sie sich insbesondere nach dem Prinzip der *Autonomie* organisieren, ethisch für *Selbstbestimmung* eintreten und sich dazu theoretisch auf Modelle der *Selbstorganisation* stützen, die sie auch weiterentwickeln. Autonomie, Selbstbestimmung und Selbstorganisation wirkten in der klassischen anarchistischen Theorie oft wie Ideale, denen entgegen gestrebt und die graduell immer weiter verwirklicht werden könnten. Auch heute können sie als eine Fluchtlinie verstanden werden, nach der sich anarchistische Akteur*innen, Räume, Ansätze und Strategien orientieren und ausrichten können. Allerdings sind hierbei einige Missverständnisse auszuräumen, die anarchistisches Denken und Handeln in der Vergangenheit oftmals blockiert haben:

Selbstbestimmung von Einzelnen oder Kollektiven meint eben nicht von isolierten Individuen auszugehen, die ihre „Unabhängigkeit" und eigenwilligen Entscheidungen vorrangig von sich selbst ausgehend realisieren könnten. Die bürgerliche Subjektform drängt uns die Erfahrung auf, Ver-Einzelte zu sein und Emanzipation als individuellen Vorgang gegen andere, von denen wir uns abgrenzen und vor denen wir uns schützen müssten, misszuverstehen. Deswegen ist es entscheidend, dass wir uns möglichst freiwillig, verbindlich und, wo es geht, auch kontinuierlich verbünden, solidarische Beziehungsweisen eingehen und pflegen. Ebenso wenig darf Autonomie als Abschottung eines Kollektivs von und gegen andere missverstanden werden. Autonomie bedeutet nicht, dass niemand das Recht hat, die Praktiken, Werte, Organisationsformen eines Kollektivs in Frage zu stellen, es zu kritisieren oder – in besonders gravierenden Fällen – auch Widerstand gegen es zu formieren. Autonomie führt nicht zum Recht, die Kinder in einer Gemeinschaft zu schlagen, Frauen zu unterdrücken, Chemikalien in einen See zu schütten oder sich einen Diktator zu wählen. Allerdings bedeutet sie, den jeweils autonomen Gemeinschaften Vertrauen darin vorzuschießen, dass sie in der Lage sind, sich auf vernünftige und ethisch erstrebenswerte Regeln ihres Zusammenlebens zu einigen, ohne diese mit Zwang und Gewalt durchsetzen zu müssen. Wie die Fähigkeiten und Möglichkeiten von Kollektiven und Einzelnen zur Selbstbestimmung von ihrer Interaktion, Kommunikation und Akzeptanz der Anderen abhängt, so lässt sich auch die autonome Organisationsform nur durch das Mitdenken und die Bezugnahme auf andere Kollektive umsetzen. Deswegen sollten sie, wo es möglich ist, anstreben, tiefgreifende Gemeinsamkeiten herauszubilden und miteinander zu föderieren. Zur Erinnerung: Bei theoretischen Überlegungen zur Selbstorganisation kann es nicht darum gehen – wie es frühe anarchistische Denker*innen oft annahmen – eine vermeintlich „natürliche" oder „organische" Gesellschaft von „fremder" Herrschaft zu befreien. Fähigkeiten, Ressourcen, Modelle, Möglichkeiten und der Wille zur Selbstorganisation müssen sich stattdessen erst von Leuten angeeignet werden, die ein Kollektiv oder eine ganze Gesellschaft ohne Herrschaftsstrukturen organisieren möchten. Deswegen meint Anarchie nicht die Abwesenheit von Ordnung, sondern im Gegenteil die absichtsvolle Einrichtung, Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung von (prozesshaften, veränderbaren, freiwilligen) gesellschaftlichen Strukturen. So unterschiedlich die verschiedenen anarchistischen und ihnen verwandte Strömungen jeweils sind, schlage ich dennoch vor, dass diese Verständnisse von Selbstbestimmung, Autonomie und Selbstorganisation als ihre gemeinsame Grundlage angesehen werden sollten. Auf eine ähnliche Weise sind auch die anderen anarchistischen Werte, Prinzipien und Grundsätze zu überdenken und mit Inhalt zu füllen.

Orte anarchistischer Theorie-Entwicklung

An welchen Orten lässt sich nun aber anarchistisch theoretisieren? In der gegenwärtigen wie in vergan-

genen Gesellschaften sind die meisten Bildungsinstitutionen zu einem weiten Grad Herrschaftsinstitutionen. In ihnen wird Wissen generiert, welches in der kapitalistischen Produktionsweise verwertbar gemacht werden soll und werden Menschen zu Staatsbürger*innen konditioniert, um sich mit der politischen Herrschaft zu identifizieren und sie zu verinnerlichen. Bildungsinstitutionen und Erziehungsanstalten dienen zur Verwahrung kleiner Menschen, damit ihre Bezugspersonen produktiv lohnarbeiten können, wie auch zur ideologischen Vermittlung der hegemonialen Norm- und Wertvorstellungen der bestehenden Gesellschaft. Weiterhin wird in ihnen Konkurrenz eingeübt und werden über Auswahlverfahren angemessene bzw. erreichbare Funktionsweisen für einzelne Menschen bestimmt und angeraten, wobei viele andere ihrer Fähigkeiten und Potenziale in den Hintergrund gedrängt oder erst gar nicht entwickelt werden. Ob in Kindergärten, Schulen, an Berufsschulen oder Unis – die meisten von uns haben immer wieder den Zwang und die Monotonie von Bildungsinstitutionen zu spüren bekommen. Dies schließt nicht aus, dass wir darin ebenfalls auch vieles gelernt haben, gewisse Wahlmöglichkeiten hatten, gute Impulse für unsere Entwicklung bekamen oder sie den Rahmen für viele unserer sozialen Beziehungen darstellten. All dies wäre jedoch deutlich besser zu gewährleisten, könnten wir den Herrschaftscharakter von Bildung aufgeben, aufhören, Menschen zu erziehen und sie stattdessen anleiten, anregen, ihnen sinnvolle Grenzen aufzeigen und mit ihnen auf faszinierende Entdeckungsreisen gehen.

Auf den Punkt gebracht stelle ich hier zunächst die altbekannte Frage, zu welchem Grad in bestehenden Bildungsinstitutionen überhaupt Potenziale zur Bildung freier Menschen liegen. Ferner geht es jedoch um die speziellere Frage, in welchen Räumen anarchistische Theorie entwickelt werden kann. Um nicht zu abstrakt zu bleiben, möchte ich darum an dieser Stelle meine persönliche Ansicht offenlegen: Insgesamt glaube ich nicht, dass anarchistische Theorie ausgehend vom akademischen Betrieb entwickelt oder gelehrt werden kann. Anarchist*innen können sich jedoch meiner Ansicht nach dieser Räume und auch des akademischen Wissens bedienen, um eine Bildung in ihrem Sinne zu ermöglichen und eigene Theorie-Entwicklung voranzutreiben. Eine Sozialtheorie ist nicht schlecht, weil sie von einem anerkannten (und deswegen vollständig integrierten) Professor entwickelt wurde, ebenso wenig, wie etwa das Straßenwissen einer Prostituierten an sich wertvoll ist. Gleichzeitig ist es jedoch vorstellbar, dass das Wissen und die Erfahrungen der Prostituierten uns durchaus zu einer realistischeren und konsequenteren Herrschaftskritik führen, als etwa eine staatlich finanzierte Studie zum Thema Prostitution, Menschenhandel und patriarchaler Gewalt. Es gibt in diesem Zusammenhang kein Entweder-Oder. Wir müssen uns jedes Mal fragen, wer warum welches Wissen generiert, welchen Interessen es dient und welche gesellschaftliche Positionen, diese Personen einnehmen. Klasse und Geschlecht spielen hierbei eine große Rolle. Die Prägung durch institutionelle Kontexte, ihre Abläufe, sozialen Beziehungen und Hierarchien, sowie ihre Fachsprachen darf nicht unterschätzt werden, auch wenn es immer Menschen gibt, die darin nicht vollständig aufgehen, sondern sich eine kritische Distanz zu staatlichen oder privatwirtschaftlichen Forschungs- und Bildungsapparaten bewahren können.

Insgesamt sollte der Fokus auf unabhängige, eigenständige Kontexte und Institutionen gelegt werden, um anarchistische Theorie zu betreiben und zu entwickeln. Sommerschulen, Arbeiter*innenbildungsvereine, selbstorganisierte Univeranstaltungen, freie Schulen, einige youtube-Kanäle etc. gehen in die richtige Richtung, insofern sie auf Grundwerten und Organisationsformen beruhen, die dem Anarchismus nahe stehen. Darüber hinaus bräuchte es jedoch eigene Räume, Ressourcen, Kapazitäten und funktionierende, kontinuierlich arbeitende Kollektive, um anarchistische Theorie und Bildung systematisch weiterzuentwickeln und zu verbreiten. Um eine neue anarchistische Theorie zu entwerfen gilt es, sich nicht vom akademischen Glanz blenden zu lassen, sondern diesen Rahmen zu verlassen. Wie in den meisten gesellschaftlichen Feldern, einschließlich des Militärs, sollten Anarchist*innen Hierarchien zersetzen, Ressourcen und Wissen für den Neuaufbau erschließen und anschaulich alternative Verwendungs-

und Organisationsmöglichkeiten aufzeigen. Diese Auseinandersetzungen auf dem Feld bestehender Bildungsinstitutionen gehen mit der grundlegenden Kritik an ihnen sowie dem Aufbau neuer Netzwerke einher. Zugegeben, es gibt in diesem Zusammenhang noch sehr vieles zu tun. Ein Schritt dahin wäre die Gründung eines deutschsprachigen anarchistischen Theorie-, Bildungs- und Agitationsnetzwerkes.

CHANCEN sozial-revolutionären Handelns durch die Erneuerung und Verbreitung anarchistischer Theorie

Dass es zu großen und umfassenden gesamtgesellschaftlichen Umwälzungen kommen wird, ist klar. Die westlichen (Post-)Industrienationen und liberaldemokratischen Gesellschaften befinden sich in einer Phase der multiplen Krise, welche die politischen Eliten nicht grundsätzlich zu bearbeiten im Stande sind. Ob es anarchistischen und anderen emanzipatorischen Strömungen jedoch gelingt, die faschistische Konterrevolution zurückzuschlagen und stattdessen Räume für die Entstehung eines libertären Sozialismus zu öffnen, steht noch in den Sternen. Die Chancen dafür hängen nicht allein vom Bewusstseinsstand der Bevölkerung oder der Entschlossenheit von sozial-revolutionären Akteur*innen, sondern von einer Vielzahl anderer Faktoren ab. Diese betreffen zum Beispiel den Verlauf der Konflikte zwischen verschiedenen Machteliten, die Repression gegen soziale Bewegungen, die (begrenzte) Erneuerungsfähigkeit der Ökonomie zu einem „grünen“ oder „sozialen“ Kapitalismus' und die Durchsetzung damit verbundener Lebensstile. Weiterhin den Umgang mit chronischer Arbeitslosigkeit durch Strukturwandel und Digitalisierung der Produktion, sowie die fortschreitende Entwertung von Lohnarbeit, den Verlauf internationaler Interessenkonflikte und die militärischen Antworten auf diese, die Frage, auf welche Weise Öffentlichkeit formiert wird und was in ihr verhandelt werden kann usw. Es gibt also tatsächlich eine Menge Faktoren, auf welche die existierende anarchistische Szene so gut wie keinen Einfluss hat. Diese Erkenntnis schmerzt, ist es doch unser Anspruch, die Gesellschaft insgesamt radikal und emanzipatorisch zu verändern. Gleichzeitig können wir in diesem Zusammenhang jedoch versuchen, ganz auf uns zu schauen, die Phrasendrescherei und den Verbalradikalismus hinter uns zu lassen und einen nüchternen Blick darauf werfen, wozu wir fähig sind. Ich bin davon überzeugt, dass sehr viele Dinge, die wir tun, schon in die richtige Richtung gehen, auch wenn ich selbst gelegentlich scharfe Kritik an ihnen übe. Ein Ansatzpunkt, um uns selbst ernst zu nehmen, besser zu organisieren und uns ein Selbst-Bewusstsein anzueignen, ist die Erarbeitung und Verbreitung gemeinsamer theoretischer Grundlagen. Dazu habe ich in diesem Text lediglich Vorschläge gemacht und einige Richtungen aufgezeigt, in die das gehen könnte.

Anarchistische Theorie zu betreiben gibt Sinn, wenn sie nicht abstrakt und distanziert geschieht, sondern sich selbst als sozial-revolutionären Beitrag begreift. Die soziale Revolution machen also nicht die anderen, die dann von außen kritisiert und orientiert werden müssten. Stattdessen müssten Intellektuelle ihre Tätigkeit selbst als sozial-revolutionär verstehen. Damit ist jedoch nicht zwangsläufig eine bestimmte Gruppe von Denker*innen gemeint. Laut Gramsci sind alle Menschen Intellektuelle. Das bedeutet, alle sind Expert*innen für ihre jeweilige Lebenswelt, wissen um ihre Interessen, Werte und Bedürfnisse und wie sie sich organisieren und kämpfen können. Aus diesem Grund können und sollten sich alle Personen, die sich als Sozial-Revolutionär*innen verstehen, auch theoretisch beschäftigen. Meistens tun sie dies ohnehin schon, doch dies kann bewusster geschehen und vor

allem auch kollektiver, indem Anarchist*innen stärker daran arbeiten, sich ein gemeinsames theoretisches Fundament zu schaffen. Keineswegs sage ich damit, dass Theoriearbeit für anarchistische Gruppen oder Personen deswegen zur Hauptbeschäftigung werden sollte. Sie hat – wie Grundsatzdebatten – ihre bestimmten Räume und Zeiten. Gemeinsame Theoriearbeit sollte nicht vermieden werden, sei es aus falschem Respekt vor vermeintlichen Expert*innen, den damit verbundenen Anstrengungen, weil dafür keine Zeit sei oder die Dinge angeblich eh schon klar wären. Sie sollte jedoch auch nicht überbetont werden, denn die Vorstellung, erst eine „richtige" Theorie zu entwickeln, um dann eine „richtige" Praxis entfalten zu können, ist grundlegend falsch. Sie macht eine problematische Trennung auf, tendiert zur rechthaberischen Selbstbeschäftigung, kann gefährliche Führungsansprüche hervorbringen und schließlich funktioniert sie ohnehin nicht, weil Ethik, Organisation und Theorie fortlaufend abgeglichen und aufeinander bezogen werden müssen, damit wir einen realistischen Blick auf die gesellschaftlichen Verhältnisse gewinnen, ein umfassendes Verständnis von ihnen erlangen und eine sozial-revolutionäre Bewegung organisieren können.

Abschließend noch einige Punkte zu den Aufgaben einer aktualisierten anarchistischen Theorie. Sie bestehen darin:

- *die anarchistische Tradition lebendig werden zu lassen, anstatt sie herunter zu beten, das heißt, rebellisch Leichen zu fleddern statt andächtig ihre Vermächtnisse zu verehren – es wäre in ihrem Sinn*
- *deutlich zu machen und mit Inhalt zu füllen, worum es im anarchistischen Denken und Handeln geht, über den Anarchismus aufzuklären und die Vorurteile über ihn zurückzuweisen*
- *die Erarbeitung und Verbreitung gemeinsamer theoretischer Grundlagen zu fördern*
- *aufzuzeigen und kritisch zu diskutieren, wo Menschen sich bereits zu gewissen Graden nach anarchistischen ethischen Werten, Organisationsprinzipien und theoretischen Grundsätzen ausrichten und sie verwirklichen*
- *nachzuweisen und darzustellen, wo Menschen „alternative" gesellschaftlichen Verhältnisse (öko-sozialistisch, horizontal, dezentral und autonom, gleichberechtigt, grenzenlos, ökologisch gestaltend...) hervorbringen und in diesen leben*
- *nach neuen Ansatzpunkten für anarchistische Strategien zu suchen, anstatt stets auf althergebrachten Wegen zu gehen*
- *soziale Bewegungen auf ihre libertär-sozialistischen Potenziale hin zu überprüfen und diese gegebenenfalls zu stärken*
- *Gruppen, die in sozialen Kämpfen stecken, eine libertär-sozialistische Deutung ihrer Situation und Position zu ermöglichen*
- *das Wissen und die Erfahrungen in sozialen Bewegungen festzuhalten und vielen Menschen eine Reflexion über diese zu eröffnen*
- *Theorie- und Bildungsarbeit auf eine nicht-manipulative und nicht-instrumentelle Weise, also transparent, ehrlich und einladend, mit Agitation und anarchistischen Werten zu verbinden*
- *in öffentliche Auseinandersetzungen und Debatten zu intervenieren, um anarchistische Perspektiven in diese einzubringen*
- *den Schwerpunkt jedoch auf eine Theorie- und Bildungsarbeit zu legen, die an der Basis ansetzt und zwischen Menschen mit einer direkten Beziehung zueinander geschieht*
- *zu beschreiben, was soziale Revolution aus anarchistischer Perspektive grundsätzlich bedeutet und wo sie unter heutigen Bedingungen potenziell ansetzen kann oder wo bereits sozial-revolutionäre Prozesse angestoßen werden*
- *Inspiration für anarchistische Organisationsansätze und ethische Werte zu geben und Debatten zu ihnen zu initiieren*
- *...*

Nachtrag:

Der Text wird in voller Länge und schöner zu lesen bei syndikat-a als Broschüre erhältlich sein. Selbstverständlich gäbe es dazu noch vieles weitere zu sagen. Hier möchte ich nur erwähnen, dass auf jeden Fall noch Einiges zu einer anarchistischen Klassentheorie hinzufügen wäre... ■

Trotz Suizidalität: Knast und Folter zur gewaltvollen Durchsetzung von Abschiebungen

Einblicke in den Abschiebeknast Büren (NRW) allias „Unterbringung für Ausreisepflichtige“ (UfA) Büren

★ *Pressemitteilung des AK Asyl Göttingen & Witzenhausen und* Ausbrechen *Paderborn*

Die skandalöse Abschiebung einer hochgradig suizidalen Person aus der Abschiebehaft in Büren (NRW) nach Marokko schlägt leider keine Aufmerksamkeitswellen. Viel zu sehr hat sich die brutale Abschiebepraxis der BRD schon in der Gesellschaft normalisiert. Dem wollen wir uns entschieden entgegenstellen. Als Freund*innen und Aktivist*innen standen wir während ihres Knastaufenthalts und auch noch jetzt in engem Kontakt mit der betroffenen Person: Herr H. und seine Geschichte ist exemplarisch für eine menschenverachtende Abschiebepraxis, die psychische Erkrankungen bewusst ignoriert, durch Gewalt- und Zwangsmaßnahmen drastisch verschlimmert und damit das Leben von Menschen gefährdet.

Herr H. ist schwer suizidal und dementsprechend dringend behandlungsbedürftig. Der Kampf gegen seine Abschiebung endete leider erfolglos: Am 9. Januar 2020 wurde er aus dem Abschiebeknast in Büren nach Marokko abgeschoben. Trotz der Nachweise mehrerer Aufenthalte in psychiatrischen Kliniken sowie mehrfachen Selbstmordversuchen, welche Grund genug sein sollten für eine Bescheinigung und letztendliche Akzeptanz seiner Haft- und Reiseunfähigkeit, wurde er für insgesamt drei Monate in Abschiebehaft in Büren gesperrt. Innerhalb dieser Zeit unternahm Herr H. mindestens einen weiteren Suizidversuch. Jedoch schien das die Bediensteten im Knast, geschweige denn die Behörden, keineswegs zu interessieren: Statt einer angemessenen Behandlung blieb er weiter in Abschiebehaft.

Durchsuchungen. Drohungen. Schikane. Isolation

Herr H. schildert den Umgang mit ihm und seinen Mitgefangenen, der als Folter bezeichnet werden kann:

In Abschiebehaft beging er einen erneuten Suizidversuch. Nach diesem wurde er mit Hand- und Fußschellen gefesselt ins Krankenhaus gebracht. Die Fußschellen wurden während des mehrstündigen Aufenthalts nicht einmal geöffnet. Der Kontakt mit einer externen Psychiatrie wurde ihm dort verweigert, er kam direkt zurück in Haft und wurde dort ca. 2 Wochen in Isolationshaft gesperrt. In Isolationshaft wurden ihm sämtliche Bedürfnisse verwehrt: Frische Luft, Obst, Handy, Zigaretten. Er befand sich unter permanenter Beobachtung, seine Zelle wurde ständig mit Neonlampen ausgeleuchtet und ihm allenfalls ein Tuch als "Kleidungsstück" am Körper gewährt. Gemäß der sogenannten Lebendkontrolle wurde er gezwungen, spätestens alle 15 Minuten zu sagen, dass es ihm gut gehe. Seine Zelle wurde jeden zweiten Tag durchsucht und ihm wurde mit Isolation oder „Keller“ gedroht. Der „Keller“ meint Isolationszellen unter der Erde, wo keinerlei private Gegenstände erlaubt sind und es keinen Hofgang gibt, mit ständig laufender Musik.

Herrn H.s Berichten zufolge wurden Entscheidungen der Angestellten des Knastes willkürlich getroffen: "Morgen darfst du vielleicht eine Banane kaufen", "vielleicht kannst du den Verein Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren1 treffen", "vielleicht kannst du morgen Sport machen". Somit wurde er in permanenter Unsicherheit und Unklarheit gehalten, was psychisch destabilisierend wirken kann.

"Der schlimmste Ort, den ich je gesehen habe"

Aus dem Bericht der Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter aus dem Jahr 20182geht hervor, dass in der beschönigend so bezeichneten "Unterbringungseinrichtung für Ausreisepflichtige" alias Abschiebeknast Büren die Lebensbedingungen der Gefangenen

unter verschiedenen Gesichtspunkten unhaltbar sind und massiv Grund- und Persönlichkeitsrechte der Menschen dort verletzen. Demnach unterscheiden sich die Bedingungen im Abschiebeknast Büren fast nicht vom Strafvollzug, obwohl sie es laut Gesetz deutlich tun müssten. So sei es an der Tagesordnung, dass mit fehlender rechtlichen Grundlage Menschen in Einzelhaft gesteckt würden. Diese impliziert die völlige Isolation der Personen von anderen Gefangenen, mit nur täglich einer Stunde Einzelhofgang. In dem Fall von Herrn H. wurde die Isolationshaft gleich zweimal innerhalb von drei Monaten eingesetzt – ohne jegliche Begründung. Die Bewegungsfreiheit innerhalb des Knastes wurde stark reduziert. Der Hofgang wurde etwa halbiert – erst rechtswidrig, seit Dezember 2018 per Gesetzesänderung.

In Büren wird im Zugangsverfahren routinemäßig Durchsuchung mit kompletter Entkleidung durchgeführt, was einem Eingriff in das Persönlichkeitsrecht entspricht, da es sich um eine erniedrigende Praxis handelt. Ebenso wie die permanente und unverpixelte Kameraüberwachung aller Räumlichkeiten des Knastes - sogar in den Toiletten, die dann für alle einsehbar sind. Es werden auch Personen fixiert, was einem kompletten Entzug der Bewegungsfreiheit entspricht und in Büren ohne nachvollziehbare Begründung durchgeführt wird. Inhaftierte können willkürlich sanktioniert werden. Telefonate und Besuche können verboten werden, das Empfangen von Post untersagt werden. Sie können mit Handy-, Kontakt- und Besuchsverbot und sogar mit Isolationshaft bestraft werden. Dies geschieht u.a. regelmäßig nach „Verstößen gegen die Sicherheit und Ordnung“, welche alleine auf Annahmen der Knastleitung fußen, und nach Widersetzungen gegen Abschiebungen. Dabei gibt es kein unabhängiges Beschwerdemanagement. Damit wird der Leidensdruck der Geflüchteten zusätzlich verschärft und die verbliebenen rechtlichen Möglichkeiten stark eingeschränkt. Herr H. sagte bei einem Besuch über den Abschiebeknast Büren: "Das ist der schlimmste Ort, den ich je gesehen habe, bitte holt mir raus."

Eine Praxis der Menschenverachtung

(Abschiebe-)Haft, insbesondere unter den hier aufgezählten Bedingungen, die die direkten Berichte von Herrn H. völlig bestätigen, stellt eine psychische Belastung dar, welche die ohnehin bestehende Belastung durch die bevorstehende Abschiebung drastisch verschärft. Menschen werden inhaftiert, ohne eine Straftat begangen zu haben – im Gegenteil: Die dort eingesperrten Menschen sind meist selbst Überlebende starker psychischer, physischer, politischer oder struktureller Gewalt und aus genau diesen Gründen hier. Durch Abschiebehaft können Traumatisierungen leicht reaktiviert werden.

Wie wenig die Knastleitung auf die Situation und Bedürfnisse der Inhaftierten Rücksicht nimmt und wieviel Menschenverachtung sie ihnen entgegenbringt, verdeutlicht der Bericht: Zum Besuchszeitpunkt im Januar 2018 gab es nicht einmal eine psychologische Betreuung – während zum selben Zeitpunkt ein offen sichtbares Fixierbett in einem Zellenflur als Drohgebärde Kulisse stand. Zu der Menschenverachtung kommt die Rechtlosigkeit: Es gibt willkürliche Zwangsmaßnahmen ohne wirksamen Rechtsschutz und ohne unabhängiges Beschwerdemanagement. Darüber hinaus sitzen laut Zahlen des Rechtsanwaltes Peter Fahlbusch3 und dem Verein Hilfe für Menschen in Abschiebehaft in Büren e.V. 4 fast die Hälfte aller Inhaftierten unrechtmäßig in Abschiebehaft.

Anzeige

Ignoranz von Suizidalität durch Behörden und Gericht

Der Eilantrag der Anwältin wegen Reiseunfähigkeit aufgrund einer schweren psychischen Erkrankung, die durch zahlreiche ärztliche Unterlagen bewiesen wurde, wurde vom Verwaltungsgericht Gelsenkirchen abgelehnt, da es laut VG ausreichen würde, wenn für eine Begleitung des Betroffenen während der gesamten Abschiebung bis zur Landung in Marokko gesorgt werde. Gegen 14.00 Uhr am Tag vor seiner Abschiebung wurde Herr H. in Isolationshaft gesteckt: Handy, Zigaretten, Kleidung und Geld vom Konto wurden ihm weggenommen und bei seinem einzigen erlaubten Anruf erzählte er, dass er blute, ohne sich dies erklären zu können. Wie wir später erfuhren, hatte er aus Verzweiflung solange mit der Faust gegen die Knasttür geschlagen, um einen einzigen Anruf gewährt zu bekommen. Ihm wurden viele schlimme Sachen gesagt, alle und besonders eine Person waren ihm gegenüber sehr aggressiv. Trotz zweier Anwält*innen, die hohe Kosten verursachten sowie mehrerer involvierter Vereine und Einzelpersonen, die sich für einen Abschiebestopp einsetzten, wurde er gegen seinen Willen am 09. Januar 2020 deportiert. Was passiert mit denen, die keine Kontakte und finanziellen Mittel haben? In dem Abschiebeflieger der Airline Royal Air Maroc saßen mit Herrn H. acht weitere Menschen, die ebenfalls abgeschoben wurden und insgesamt über 20 Polizist*innen als Begleitung. Herr H. wurde aufgrund seiner Suizidalität von einem Arzt begleitet, der ihm laut Herrn H. wiederholt angedroht habe, ihm eine Beruhigungsspritze zu geben, um jeglichen Widerstand im Flugzeug zu unterbinden. Den ganzen Flug über war Herr H. an Händen, Füßen und Rumpf durch einen Gürtel fixiert.

Ihm wurde laut eigener Aussage selbst das gesetzlich verpflichtende Taschengeld abgenommen. Nach der Ankunft in Marokko wurde er von einem Polizisten aufgehalten und kam erst nach zwei Stunden Gespräch und Zahlung von 30 € frei, welche ihm von einer Passagierin im Flugzeug gegeben wurden.

Wir wollen hiermit den Abschiebeknast in Büren mit seinen Foltermethoden an den Pranger stellen! Die Menschen, die in Büren in Abschiebehaft sitzen müssen, sind Gefangene des brutalen und menschenverachtenden Asylsystems der absolut repressiven und verantwortungslosen BRD! Was vermittelt ein solches System, das geflüchtete, schutzsuchende Menschen in völliger Isolation von der Gesellschaft einsperrt, foltert und schließlich abschiebt?

Wir wollen die Abschiebepraxis an den Pranger stellen! In welcher Suizide und psychische Probleme ignoriert und nur zu einer Verstärkung von Gewaltmaßnahmen zur Abschiebung gesehen werden. Wie selbst schwer Erkrankte mit aller Gewalt ihre Freiheit genommen, ihnen alles genommen wird, um sie ins Nichts zu werfen. Das ist ekelhaft, das muss aufhören!

Wir fordern die gänzliche Abschaffung der Abschiebehaft sowie den Stopp aller Abschiebungen überall! Doch bis dahin fordern wir eine externe psychologische und soziale Unterstützung für alle Inhaftierten und den Stopp von Foltermethoden! Suizidalität und psychische Erkrankungen müssen behandelt werden, und dürfen niemals als Grund für stärkere Gewaltmaßnahmen zu Abschiebezwecken dienen! Für das Recht auf ein gutes Leben für alle!

Was können Menschen konkret dagegen machen?

Lasst die Menschen in Abschiebehaft nicht allein, nehmt Kontakt auf, besucht sie, macht die Missstände öffentlich und helft, die Isolation zu brechen! ■

graswurzel revolution

GWR 446+447, März 2020
Probeexemplar kostenlos: www.graswurzel.net

Anzeige

Wie war das noch gleich mit Smartphones? Ein Hintergrundartikel zur (Un-)Sicherheit von Mobiltelefonen

Im ersten Beitrag dieser Artikelserie haben wir einige Bedingungen für eine emanzipatorische Sicherheitskultur aufgestellt. Wir haben erklärt, was wir für eine solche als wichtig erachten und allgemeine Thesen über Sicherheit vorgeschlagen. In diesem Teil wollen wir uns dem Mobiltelefon und dessen Hintertüren widmen.

★ *Von: etptt vom IT-Kollektiv-Netzwerk*

Es mangelt auch in diesem Themengebiet nicht an Quellen. Es gibt z.B. dutzende Anleitungen, die das Installieren eines frei(er)en Betriebssystem auf Smartphones beschreiben. Woran es mangelt ist eine kritische Auseinandersetzung mit dem Endgerät und seinem Komponenten. Daraus folgen die Fragen: "Was können wir durch das Modifizieren des Betriebssystems oder anderer Software erreichen und was nicht?", also "Wovor können wir uns wie schützen und wovor nicht?". Und vor allem die Sensibilisierung im Umgang auf Benutzer*innenebene ist wichtig. Alleine die technische Sicherung eines Gegenstands reicht in den meisten Fällen nicht aus, wenn sich die Anwender*innen im Umgang fahrlässig verhalten.

Zunächst ist es wichtig, sich mit dem Gerät selbst auseinanderzusetzen, um eine fundierte Beurteilung der Kriterien einer emanzipatorischen Sicherheitskultur aufstellen zu können. Dabei versuchen wir anhand der Analyse Möglichkeiten für eine sinnvolle Nutzung und Gegenmaßnahmen für unerwünschte Kriterien aufzuzeigen. Daraufhin folgt noch eine abschließende Bewertung des Gegenstandes als Ganzen.

Hardware

Zuerst verschaffen wir uns einen groben Überblick über die Komponenten eines Mobiltelefons. Dabei müssen wir Tastenhandys, auch Dumbphones genannt, von Smartphones abgrenzen, die von der Ausstattung schon eher einem kleinem Computer gleichen. Alle Telefone bestehen üblicherweise aus

- Lautsprecher, Mikrofon
- Bedienungsschnittstelle: Tastatur (oder Touch), Display
- einem Modem: Dieser proprietäre* Chip, der auch Baseband-Prozessor genannt wird ist für die Echtzeitkommunikation mit den Mobilfunkstationen verantwortlich. Ohne ihn ist es nicht möglich zu telefonieren.
- meist zusätzlich einem Hardware Prozessor
- Speicher: dabei ist der Arbeitsspeicher, in dem das Betriebssystem und die Anwendungen ausgeführt werden nicht mit den Massenspeicher, wie SD- oder MMC-Karten zu verwechseln.
- Akku
- dem SIM - 'Subscriber Identification Modul': ein Prozessor, der zusammen mit der SIM-Karte, zur Identifikation der Nutzer*innen im Mobilfunknetz dient. Auf ihm ist auch die IMSI gespeichert.

Smartphones können u.a. noch zusätzliche Elemente und Schnittstellen beinhalten, wie:

- einer CPU für das Benutzer*innen Betriebssystem und Anwendungen
- Kamera
- WIFI
- USB
- Bluetooth
- Nahfeldkommunikation (NFC)
- Positionsbestimmung: GPS, A-GPS, GLONASS

*Proprietär bedeutet, dass es sich um geschlossene, also nicht-freie Soft- oder Hardware handelt. Der Quellcode und die Funktionsweise der Elemente ist

unbekannt und kann somit nicht auf Korrektheit geprüft werden. Wir wissen nicht, ob das Programm ausschließlich das tut, was es soll.

Der Baseband-Prozessor

Da es sich bei dem Baseband um einen solchen Prozessor handelt, sollten wir dessen Rolle etwas genauer untersuchen: Das Real-Time Betriebssystem (ebenfalls Closed Source), das auf dem Baseband läuft, übernimmt alle Aufgaben, die direkt mit der Datenübertragung zusammenhängen. Dafür erhält der Chip Zugriff auf CPU, RAM und ROM des Handys. Unabhängig vom Betriebssystem und den Anwendungen, die auf dem Gerät laufen, hat also ein Prozessor von dem wir nicht wissen, was er tut, unter Umständen freien Zugriff auf die Daten im Gerät und weiteren Schnittstellen, wie Mikrofon, Lautsprecher und Kamera.
In den alten Handys wurde zum Beispiel ein externer Zugriff auf den Baseband Chip genutzt, um Betriebssystem-Updates auf dem Gerät zu installieren. Der Hersteller (meist Qualcomm) verspricht uns zwar das Deaktivieren des Basebands durch den Flugzeug-Modus, verifizieren können wir das aber nicht.

Interessant ist jedoch, dass es bei Smartphones auf das Hardware Layout ankommt, ob der Chip 'wahlfreien' Zugriff auf die Komponenten hat (bad baseband isolation) oder den Zugriff über Befehle an den Hauptprozessor erhält. Im zweiten Fall wäre es möglich, den Zugriff mit Hilfe des Anwendungs-Betriebssystems zu verhindern. Das Löschen der Firmware im OS (Betriebssystem) verhindert, dass der Prozessor die Befehle des Basebands akzeptiert.

Ein weiteres Problem mit dem Betriebssystem des Basebands ist, dass die implementierten Sicherheitsstandards uralt und unsicher sind. Es gibt mehrere Veröffentlichungen, bei denen es begabten Hackern gelungen ist, die Sicherheitsmechanismen des Baseband Protokolls auszuhebeln und sich Zugriff auf das Gerät zu verschaffen:

- Ralf Philipp Weinmann stellte auf der DeepSec 2010 einen Angriff auf Androids und iPhones vor, der mit einem nur 73 Byte Remote Code Execution Exploit eine Backdoor öffnete und das Smartphone in eine Abhörwanze verwandelte: All Your Baseband Are Belong To Us.
- Mit den Hexagon Challenges wurde auf der PacSec 2013 ein verbesserter Angriff auf das Baseband OS von Weinmann vorgestellt.
- Forscher der TU Berlin demonstrierten auf dem 22nd USENIX Security Symposium einen Angriff auf das Baseband OS, der nur geringe Ressourcen erforderte. Mit einigen manipulierten Smartphones wurden andere Smartphones in der Umgebung kompromittiert und der Empfang von Anrufen und SMS blockiert.

Wir müssen uns zu diesem Zeitpunkt damit Abfinden, dass alle unsere Sicherheitsmechanismen auf dem Handy also dem Vertrauen in den Hersteller des Baseband-Prozessors unterliegen. Bezüglich unserer Anforderungen an Sicherheit ist das schonmal eine äußerst unbefriedigende Tatsache. Wünschenswert ist eine freie Version des Prozessors mit einem OpenSource Betriebssystem. Das Projekt Osmocom befasst sich mit der Entwicklung eines freien Modems.

Systeme

Die Systeme, die auf einem Handy präsent sind, wurden alle schon erwähnt. Es handelt sich um das Betriebssystem des Basebands, dem SIM und dem Nutzer*Innen-Betriebssystem.

Das SIM ist der Prozessor auf der SIM-Karte und kann durch eine 4-8 stellige PIN geschützt werden. Mit der IMSI (eine Zahlenfolge des SIM zur eindeutigen Identifikation des Netzteilnehmers) registriert und authentifiziert sich das Gerät in einem Netz. Das Handy selbst besitzt ebenfalls eine global eindeutige IMEI, die bei der Netzsuche und Einwahl ins Netz übertragen wird. Die Übertragung findet unverschlüsselt statt und ermöglicht ein Mithören von Mobilfunk-Telefonaten und die örtliche Eingrenzung des Gerätes innerhalb der Funkzelle, z.b. durch IMSI-Catcher.

Somit ist auch das SIM ein eindeutig unerwünschter Bestandteil für eine sichere Kommunikation und einen selbstbestimmten Umgang mit dem Gerät.

Tastenhandys

In den älteren Handys übernimmt das Benutzer*innen-Betriebssystem alle Aufgaben. Es läuft vollständig auf dem Baseband Prozessor, weswegen diese Telefone kein zusätzliches Baseband OS benötigen. Dieses intransparente proprietäre Betriebssystem zu modifizieren oder gar zu kontrollieren ist (ohne weiteres) nicht möglich.

Smartphones: LineageOS & ReplicantOS

Smartphones haben zu dem OS auf dem Baseband-Prozessor ein zusätzliches Betriebssystem, das auf dem Hauptprozessor des Handys läuft. Dies ist notwendig, da natürlich viel mehr Anwendungen als nur ein Telefonbuch, Textmitteilungen oder 8-Bit Spiele zur Verfügung stehen. Webbrowser, Emailanwendungen, Kalender, Messenger, Videoübertragung und Games auf Smartphones benötigen natürlich viel mehr Rechenleistung. Auch der Speicherbedarf, also generell die vorhandenen Daten erhöhen sich hier.

Bei Smartphones ist es möglich die Kontrolle über dieses Betriebssystem zu erlangen, indem man root-Privilegien erhält. Das entspricht dem Konzept eines root oder auch admin-Kontos auf einem PC. Das Erhalten der root-Priviligien ist notwendig, um weitere Systemanpassungen, wie das Einrichten einer Firewall vornehmen zu können. Ohne diese Maßnahmen hätten wir keine Kontrolle darüber, was die Apps auf unserem Handy tun und welche Daten sie versenden.

Die bessere Alternative ist es, ein freies Betriebssystem auf das Gerät zu flashen. Dabei wird das ausgelieferte Betriebssystem des Herstellers vollständig vom Gerät gelöscht und durch ein freies Betriebssystem, wie zum Beispiel LineageOS oder ReplicantOS ersetzt. Das sind modifizierte Android-Systeme, die u.a. auf die Anwendungen von Überwachungskonzernen wie Google verzichten, einen alternativen AppStore mit OpenSource Anwendungen anbieten und generell mehr Wert auf Privatsphäre legen.

ReplicantOS verwendet im Gegensatz zu LineageOS ausschließlich freie Software und verzichtet vollständig auf Google und Co. LineageOS verwendet dagegen immer noch Google Server, z.B. um festzustellen, ob das Gerät mit dem Internet verbunden ist, nachdem es sich erfolgreich mit einem WIFI-Accesspoint verbunden hat (Captive Portal Check).

Kleiner Abriss zur Firewall

Eine Firewall ist ein Schutzmechanismus, der ein System vor potentiellen Gefahren schützen soll. Die Firewall überwacht den Netzwerkverkehr und bestimmt anhand vordefinierter Regeln, ob Datenpakete die Firewall passieren dürfen. Üblicherweise werden Regeln definiert, die bestimmen, welche Pakete in das System dürfen. Der Wunsch ist also, sich vor Gefahren außerhalb des eigenen Systems bzw. des eigenen Netzwerks zu schützen.

Bei Smartphones ist das etwas anders. Sowohl Android-Apps als auch Systemdienste sind in der Regel äußert "telefonierfreudig" und haben häufig das Bedürfnis "nach Hause" zu telefonieren. Die Daten

werden an den Hersteller bzw. Dritte übermittelt, um beispielsweise personalisierte Werbeprofile zu erstellen. Die meisten Apps aus dem AppStore sind intransparent bezüglich ihrer Datenverarbeitung, weswegen eine Firewall zwingend notwendig ist. Für die Installation und Konfiguration der Firewall brauchen wir den oben erwähnten root-Zugriff auf das Gerät.

Dabei müssen wir hier die Sicherheitsvorkehrung einer Firewall umkehren, indem wir unseren Apps und dem System verbieten, unerwünscht in die Außenwelt zu kommunizieren: In der Regel braucht die Kamera-App keinen Zugriff auf das Internet, deswegen sollte er ihr auch verwehrt werden. So sollten alle Anwendungen geblockt werden, die keinen Zugriff auf das Internet benötigen.

Anwendungsebene und Nutzung

Oberhalb von LineageOS oder ReplicantOS lassen sich noch diverse Anwendungen installieren, die den Schutz der Privatsphäre erhöhen sollen, wie z.B. Ende-zu-Ende verschlüsselte Messenger oder VOIP-Dienste, Anonymisierungsdienste wie Tor und vieles mehr.

Allerdings ist die Installation und Konfiguration eines solchen OS recht aufwändig und es ist für Menschen, die mit Technik nicht allzu vertraut sind, schwer möglich diese Ziele umzusetzen. Erfreulicherweise bieten immer mehr lokale Gruppen Workshops an, die sich diesem Thema zuwenden. An diesem Punkt erinnern wir uns nochmal, dass diese Mechanismen in Abhängigkeit der zugrunde liegenden Hardware zu betrachten sind! Ein sicheres OS hilft euch nicht viel gegen Geheimdienste und/oder Hacker, wenn die Hardware unsicher ist.

Deswegen sollten Secrets, wie private Schlüssel (z.B. der private PGP Schlüssel einer Email-Adresse) nicht auf dem Telefon selbst gespeichert werden. Durch gravierende Sicherheitslücken in der Hardware oder dem Betriebssystem kann dieses Geheimnis dem Gerät entzogen und alle Nachrichten entschlüsselt werden. Eine Abhilfe in diesem Fall wäre die Auslagerung der Secrets auf sogenannte SmartCards oder Yubikeys. Dabei speichern wir das Geheimnis auf einem externen Gerät (z.B. einer Karte im Fall von SmartCards) und lesen den Schlüssel nur zum entschlüsseln der Nachrichten ein. Das Geheimnis bleibt auf dem externen Gerät und verlässt dieses niemals.

Sandboxing ermöglicht es, Anwendungen mit Hilfe des Betriebssystems virtuell voneinander zu isolieren. Jede App in einer Sanbox läuft in einer gesicherten virtuellen Umgebung und denkt sie ist alleine auf dem Gerät. Sie hat nur Zugriff auf die nötigsten Ressourcen. Vereinfacht sieht das am Beispiel eines Browsers in etwa so aus: "Der Webbrowser denkt, er ist das einzige Programm auf dem Gerät. Er kennt nur die Ordner 'Downloads', um Dateien abzulegen und ein paar Verzeichnisse des Betriebssystems, um im Internet auf Webseiten zugreifen zu können. Die Systemverzeichnisse können nur gelesen werden – der Browser kann keine Dateien innerhalb dieser Ordner verändern oder hinzufügen." Durch Sandboxing wird das Risiko weiter minimiert, dass sich Apps gegenseitig überwachen oder versuchen das Betriebssystem zu übernehmen.

Sowohl interner, sowie externer Speicher (SD-Karten) lassen sich bei den meisten Smartphones und Betriebssystemen relativ einfach über die Systemeinstellungen verschlüsseln. Dadurch verhindern wir unautorisierte Nutzung des Geräts und erhoffen uns den Schutz des Betriebssystems und der eigenen Daten vor Veränderung und Diebstahl.

Zur Konfiguration auf Anwendungsebene ließen sich viele diverse Apps auflisten und noch viel mehr über einzelne Systemeinstellungen schreiben. Hierbei verweisen wir allerdings auf die unten stehenden Quellen und Cryptoparties, da dies nicht der Fokus des Artikels ist.

Auf Messenger mit kryptografischen Protokollen zur Verschlüsselung der Kommunikation werden wir in einem eigenen Artikel eingehen.

Fazit

Was können wir jetzt mit einem freien Betriebssystem auf einem Smartphone erreichen? Es ermöglicht uns:

- die vollständige Kontrolle über die eigenen Daten
- unabhängige und selbstbestimmte Nutzung des Geräts
- Verzicht auf das Ökosystem von Googles
  Ausstieg aus der Werbemaschinerie der Hersteller
- Schutz gegen Werbe-Profiling

Wovor schützt ein (gerootetes) Smartphone mit freiem Betriebssystem nicht?

Staatstrojaner: beim Baseband Prozessor haben wir gesehen, dass es möglich ist, sich durch Fernzugriff Zugang zu den Daten auf dem Gerät zu verschaffen oder Software zu installieren. Solch Zugriffe sind natürlich insbesondere für Geheimdienste interessant. Durch die gegebene fremdartige Soft- und Hardware müssen wir davon ausgehen, dass die Behörden versuchen sich entweder selbst Zugriff auf diese Komponenten zu erlangen oder den Hersteller auffordern ihnen den Zugriff darauf zu gewähren. Die Hersteller nennen den remote access (Fernzugriff auf das Gerät) ein "Feature". Wir nennen das einen Einbruch in die Privatsphäre!

Tracking durch und Angriffe auf Kommunikationsschnittstellen:

- WIFI, z. B. die Lokalisierung des Geräts. Ist die WIFI Schnittstelle des Gerätes aktiviert, sucht das Gerät permanent nach bekannten WIFI-AccessPoints, um sich damit zu verbinden. Dabei wird der Name des gesuchten WIFI-APs und die eindeutige MAC Adresse des Gerätes versandt. Diese Signale können ausgewertet anhand ihrer Signalstärke (Entfernung) ausgewertet und getrackt werden.
- Bluetooth: Stichworte sind Bluejacking und BlueBorn
- Micro-Beacons (uBeacons): werden in der Werbeindustrie gerne eingesetzt und sind nicht wahrnehmbare Ultraschall Signale, die über gängige Lautsprecher von Computern oder Smart-TVs versendet und von Mikrofonen in Smartphones eingefangen werden. Das Smartphone fügt diesem uBeacon noch einige Metadaten, wie Zeitstempel, GPS-Daten, IP-Adresse, Telefonnummer, usw. hinzu und sendet ihn an den Anbieter zurück. Der Absender kann damit das zugehörige Profil verfeinern und angepasste Werbung ausliefern. Viele Apps interagieren mit solchen uBeacons.

GSM-Tracking durch trianguläres Routing: Die ausgehenden Signale des Baseband Chips, zwischen mehrerer Funkzellen werden ausgewertet und anhand der Signalstärke die Position des Gerätes errechnet. Die Signale werden ausgesandt, um sich ins Telefonnetz einzuwählen und enthalten wie oben beschrieben die eindeute IMSI des SIM und die eindeutige IMEI des Handys.

Stille SMS

Nutzerverhalten: Der wichtigste Punkt ist immer noch das Verhalten, der User. Es bringt offensichtlich wenig, alle Google-Dienste vom Handy zu entfernen, wenn im Browser dann weiterhin die Suchmaschine benutzt wird. Analog lässt sich das Beispiel auf viele Verhaltensmuster und Anwendungen/Sicherheitsvorkehrungen übertragen.

Wenn wir den direkten Vergleich zwischen Dumb- und Smartphones ziehen, sehen wir, dass uns ein Smartphone einerseits bessere Möglichkeiten bietet die Kontrolle über das Gerät zu erlangen, dafür aber wesentlich mehr persönliche Daten speichert. Erst durch Nutzung von Anwendungen wie einem Webbrowser auf dem Gerät wird man selbst zur Zielscheibe von Werbeunternehmen. Auf einem Dumbphone ohne Internet gibt es natürlich keinen Browserverlauf und keine Emails, die ausgespäht werden können. Allerdings haben aber wir keine Möglichkeit eine Ende-zu-Ende verschlüsselte Kommunikation aufzubauen oder die Daten auf dem Gerät physisch zu verschlüsseln. Wird das Handy geklaut oder geht es mal verloren, ist ein verschlüsseltes Smartphone durchaus vorteilhaft, um beispielsweise nicht direkt alle Kontakte zu offenbaren.

Ein Smartphone bietet also mehr Möglichkeiten, bringt aber auch dementsprechend viel Konfigurations- und Verwaltungsaufwand mit sich. Durch die erhöhte Anzahl der Anwendungen und Kommunikationsschnittstellen steigt auch die Zahl der potentiellen Sicherheitslücken und Angriffsvektoren und dementsprechend der Gesamtaufwand für die entsprechenden Gegenmaßnahmen.

Somit bleibt eigentlich nur zu sagen, dass es eine "Best Practice" in diesem Kapitel nicht wirklich gibt. Wichtig ist es, für sich selbst einen Kompromiss zwischen Bedienungskomfort und gewünschten Sicherheitslevel zu finden.

Eine Vorschlag wäre: ein Smartphone mit gerootetem, freiem Betriebssystem zu nutzen und das Telefon ohne Simkarte zu betreiben. Das Handy ist permanent im Flugzeugmodus (und im besten Fall den Baseband Chip physisch entfernen oder die zumindest die Firmware löschen), der Baseband Chip verliert seine Bedeutung. Alle Speicher des Geräts sind vollverschlüsselt und eine App überwacht die Anzahl der falsch eingebenen Entsperrmuster. Bei Überschreitung wird das Handy ausgeschaltet (App 'PrivacyLock'). Eine Firewall überwacht den Datenverkehr aller Apps und eine Sandbox isoliert kritische Anwendungen vom restlichen System. Die Internetverbindung findet nur über das Tor-Netz statt. Telefonate und Nachrichten werden nur über verschlüsselte Internetverbindungen (VOIP) geführt. Verwende keine Dienste, die nicht vertrauenswürdig sind (nur geprüfte OpenSource Apps, z.B. aus dem App-Store FDroid), benutze Ende-zu-Ende Verschlüsselung bei den Diensten und versuche konventionelle Telefonie und SMS weitestgehend zu vermeiden.

Sei dir vor allem deiner Benutzung des Gerätes bewusst. Aktiviere nur die Schnittstellen, die du auch wirklich brauchst (WIFI, GPS, Bluetooth und andere Schnittstellen einfach ausschalten, wenn nicht benötigt!). Der Artikel soll dazu anregen, sich nicht auf Anwendung "On the top" zu verlassen, nur weil sie eine verschlüsselte Verbindung garantieren oder Anonymität versprechen. Es gilt immer den zu sichernden Gegenstand als Ganzes und den eigenen Umgang damit zu betrachten! ■

Links zu lokalen Gruppen / Cryptopartys

https://resist.berlin/

https://www.cryptoparty.in/berlin/c-base

https://www.cryptoparty.in/

https://www.cccfr.de/projekte/

Links zu Tutorials

https://wiki.systemli.org/howto/android/setup

https://www.systemli.org/assets/data/Android_Smartphone_google-frei_einrichten_-_systemli.org.pdf

https://www.kuketz-blog.de/android-ohne-google-take-back-control-teil1/

https://www.privacy-handbuch.de/handbuch_70.htm

Galaxy S3 von Hardware Chips befreien: https://www.ifixit.com/Teardown/Samsung+Galaxy+S+III+Teardown/9391

Freie Betriebssysteme

https://lineageos.org/

https://replicant.us/

https://www.omnirom.org/

Demokratie – kaputt oder ganz? Kommentar zur Wahl des Eintags-Ministerpräsidenten in Thüringen

★ *Von: Jens Störfried*

Neben Bratwürsten und Klößen ist Thüringen für seine wunderschöne Landschaft bekannt: Hier gibt es den Naturpark Hainich, die Bleilochtalsperre, den Rennsteig und viele andere Flächen mehr. Das Einzige was fehlt, ist eine Küste, ein Meer – aber dann wäre es eben nicht mehr Thüringen. Auch in die politische Landschaft Thüringens lohnt sich ein Ausflug, bietet sie doch eine Vielfalt ohne Gleichen. Und recht gleich und einig sind sich die Menschen dort scheinbar nicht. Deswegen richtet ja die halbe Medienlandschaft gerade ihren Blick auf das geographische Herz Deutschlands: Weil sich die politisch-kulturelle Spaltung dieser Provinz mit 2,13 Mio. Einwohner*innen dort wie unter einer Käseglocke beobachten lässt.

In Thüringen sehen wir, dass es nicht reicht. Das es eben nicht genug ist. Nicht genug, zum Weiterregieren, für das sozialdemokratisch-progressive Lager, unter dessen Regentschaft mehr Menschen als zuvor abgeschoben wurden, dessen Babos sich klar von „der“ Antifa distanzierten und ihr faschistische Methoden vorwarfen und welches Feiertage als Wahlgeschenke einführte – warum auch nicht? – ohne beispielsweise das Schulsystem gründlich zu reformieren oder soziale Umverteilung nach unten zu fördern.

Allerdings wissen wir, dass es weit schlimmer kommen kann. Leute, die politisch denken und fühlen, wissen, dass es schon Unterschiede macht, welche Repräsentant*innen in welchen Sesseln sitzen, was sie dort so treiben und wessen Hände sie schütteln. Daher die Rede vom „Dammbruch“, von der Katastrophe, vom Skandal, der es wäre, einen selbstverliebten Unternehmertypen ins Amt des Ministerpräsidenten zu hieven, der dann halt die Regierung einsetzt – weil sie es ja nicht sein lassen können, weil ja immer irgendwie regiert werden müsste. Der Knackpunkt dabei ist, dass ein Viertel der Wahlstimmen und Sitze im Landtag auf eine Partei entfallen, die gar nicht demokratisch, sondern in ihrem Kern faschistisch ist. Wenn sich der ach so bürgerliche Kandidat Kemmerich von Faschisten wählen lässt – dritter Wahlgang hin oder her, wir wissen, es war abgesprochen –, untergräbt er somit also die heilige Demokratie, lautet die Schlussfolgerung, welche zurecht zum Aufschrei durchaus anständiger Personen führt. Alle kennen die deutsche Geschichte. Gelernt haben sie selten daraus. Nun ja, die deutlichen Ansagen von Journalist*innen, Kulturschaffenden, Merkel, über andere CDU-Größen, SPD und Grünen-Führungsriegen, aber auch aus Reihen der Liberalen selbst, überraschen schon etwas. Äußerst lehrreich ist hierbei das Hickhack, wer wem was sagen kann, meint sagen zu müssen oder glaubt sagen zu können. Nicht zuletzt zeigen sich hierbei Konflikte innerhalb der demokratisch-bürokratischen Institutionen und das Kompetenzgerangel von Bund und Ländern. Nebenan in Sachsen ist ja längst klar, dass die Konservativen regional faktisch mit den Faschisten kooperieren, die dort ein Drittel der Landtagssitze besetzen – wie sollte es auch anders sein, schließlich will man gemeinsam dieses Land voranbringen.

Aber diese Entwicklungen passen dem politischen Establishment auf Bundesebene und in anderen Provinzen nicht, weil es seine Machtbasis zurecht bedroht sieht und ebenfalls spürt, dass es sein kann, dass in den staatlichen Institutionen und Bürokratien bald ganz andere Saiten aufgezogen werden könnten, wenn sie den Weg dafür frei machen. Eben darum lässt man sich nicht von Faschisten wählen –

patriarchaler Unternehmertyp mit autoritärem Charakter hin oder her. Kemmerich selbst ist, wohlgemerkt, zwar Aushängeschild der Misere und hat sicherlich kräftig hinter geschlossenen Türen mit geklüngelt. Eigentlich ist er jedoch eher der Ausdruck und Inbegriff des demokratischen Schlamassels statt jener vorantreibende Akteur, als welcher er sich darstellt. Ist das der Richtige für den wilden Osten: Thomas K., mit Strohhalm zwischen den Zähnen, fest gebundener Krawatte, die Hand am Revolver, die andere am Smartphone mit dem Unternehmerverbänden chattend und einem klaren Blick für Regierungsgeschäfte? Einer muss es ja machen! Ganz abgesehen davon, dass auch nicht ausgeschlossen ist, dass seine Partei durch Wahlbetrug in den Landtag einziehen konnte – aber das werden wir wahrscheinlich nie erfahren.

Warum die AfD-Abgeordneten ihn gewählt haben, ist völlig klar: Sie festigen ihre Macht in jedem Fall, ob als Unterstützende des „bürgerlichen" Lagers oder in ihrer Rolle als asoziale Täter-Opfer-Verdrehungs-Opposition. In dieser kann sie fest auf ein Unterstützer*innen-Milieu bauen, dass die Schnauze schon lange voll hat, mit dem demokratischen Rumgeeiere, der „Klimahysterie", dem „Gender-Mainstreaming", dem „Sozialamt-der-Welt-sein", dem „linksversifften Establishment" und so weiter (Wir kennen dieses wahnhafte Weltbild – es nicht zu verstehen ist Ausdruck unserer psychischen und ethischen Integrität). Warum genau 25% des Wahlvolks sich für die AfD entschieden haben und was diese Leute bewegt, was ihre Ressentiments möglicherweise auch mit dem Versagen demokratischer Politik im Kapitalismus zu tun haben – das ist in diesen Tagen irgendwie gar kein Thema. Und bestätigt diejenigen in ihrem Eindruck aus ihrem – wie auch immer begründeten – Gefühls des Wir-sind-schon-immer-verarscht-worden, heraus getreten zu sein und einen klaren Mittelfinger gezeigt zu haben. Und zwar denen, die aus irgendwelchen Gründen daran Schuld sein könnten, dass sich die eigenen Lebensvorstellungen nicht erfüllt haben…

Spannender auf Parteiebene ist tatsächlich die Rolle der CDU, die mit ihrem Links-Rechts-Blicken-und-Abgrenzen einen Schlingerkurs gefahren ist, bei dem einem schon mal ordentlich unwohl im Magen werden kann. Wo der Wille zum Regieren stark, aber der zahlenmäßig bestimmte Wähler*innen-Wille zu schwach ist, entsteht offenbar solch verwirrendes Agieren als Ausdruck einer massiven Identitätskrise. Die FDP ihrerseits hat offensichtlich immer was zu kompensieren. Man könnte meinen, ihre Anhänger*innen und Chefs beuten die arbeitende Bevölkerung doch schon genug aus, sodass sie sich ihre SUVs und Immobilien kaufen können, wie und wo es ihnen beliebt. Das reicht ihnen aber nicht, immer reicht es nicht, bis sie feststellen, dass man Geld nicht essen kann. Dann aber dem anderen West-Onkel, dem Roten, vorwerfen, es wäre von ihm vermessen gewesen, sich ohne gesicherte Mehrheit im Landtag zur Wahl zu stellen – irgendwie eigenartig.

Doch immerhin: Wer kann bei diesem gelungenem rechten Prank der „Bürgerlichen" noch sagen, dass Politik nicht auch spannend sein kann! Blöderweise soll man immer, wenn es gerade richtig spannend ist, mit dem Spielen oder Fernsehen aufhören und zum Essen kommen oder ins Bett gehen. Die Bundespolitik und andere Autoritäten fordern es ganz deutlich:

Hört auf mit dem Feuer zu spielen! Das ist nicht mehr lustig! Es reicht jetzt! Noch so'n Ding und wir schicken die Reichswehr! Was ergo folgt, ist die Aufforderung, Neuwahlen zu machen, etwa, indem der frische gelb gebackene Ministerpräsident sogleich zurücktritt und der Landtag sich auflöst oder mittels anderer parlamentarisch-bürokratischer Kniffe, die ich nicht kenne und die mich nicht interessieren. Da haben wir wohl falsch gewählt – wiedermal. Naja, nicht so schlimm. Es sind ja nur ein paar Stimmzettel, die können einfach noch mal ausgegeben werden. Vielleicht empfinden es viele Bürger*innen sogar als demokratischen Fortschritt, wenn das Parlament einmal im Jahr gewählt wird? Oder sogar alle halbe und wenn es sich dann im Anschluss nach ein paar formellen Floskeln sogleich wieder auflöst. Dann wird eben mal nicht regiert, sondern einfach so vor sich hingewurschtelt in den Rathäusern und Behörden. Wäre ja eigentlich kein großer Unterschied zum status quo und bei dem gerät die Welt ja auch nicht aus den Fugen, obwohl wir in der alltäglichen Apokalypse leben…

Also mal ehrlich, was soll sich denn nach Neuwahlen ändern, außer, das die Grünen vielleicht noch unter die 5%-Hürde rutschen? Man kann nicht sagen, demokratische Legitimation geschieht durch Wahlen und wenn's einem nicht passt, dann wird so lange gewählt, bis die und die Gruppen des politischen Establishments damit zufrieden sind. Denn wenn es um die Zufriedenheit aller ginge, würden ihre Bedingungen und Möglichkeiten sicherlich nicht über die repräsentative Demokratie ausgehandelt werden. Genau das zeigt sich doch in dieser dilemmatischen Situation.

Das führt zu einem anderen demokratischen Grundproblem: Wo ist der linke Mob, wenn man ihn braucht? Eine Bild-Reporterin betonte im Handy-Video vor der Berliner Parteizentrale der FDP wie unheimlich wütend die Schilder-haltenden Leute davor wären. So richtig aufgebracht und gefährlich sahen sie meiner Wahrnehmung nach eigentlich nicht aus. Nein, was wir in den emanzipatorischen sozialen Bewegungen – trotz ihrer vielen positiven Aspekte und dem unglaublichen Engagement vieler bewegter Leute – sehen, ist, dass die selbst-bewussten Akteur*innen fehlen, die statt auf den demokratischen Zirkus hereinzufallen, sozial-revolutionäre Politik machen wollen. Verständlich, dass die autoritäre Neue Rechte uns Angst macht. Mehr als „schlimm, schlimm", „böse, böse" oder „blöd, blöd" höre ich jedoch selten aus Reihen der Linken. So wie Rot-rot-grün auf die Heuchelei und Taktiererei der Thüringer CDU-Vertreter*innen reingefallen und völlig aus dem Häuschen ist, so wie alle irgendwie gerade ganz aufgeregt und verwirrt sind und noch mal live lernen können, wie das mit der Demokratie so funktioniert, so fallen auch die Basislinken auf das ganze Spektakel rein. Ja, die AfD muss von der Staatsmacht ferngehalten werden, weil sie die Spielräume jeglicher emanzipatorischer Politik massiv einschränkt und denen, die eh sichtbar ausgeschlossen, ausgebeutet und unterdrückt werden, noch mal zusätzlich das Leben erschwert. Doch wenn Leute demokratische Entscheidungen und Verfahren nicht akzeptieren, wenn sie ihnen nicht passen, können sie sich schwerlich selbst als demokratisch bezeichnen. Das heißt, entweder sie spielen das Politikpoker mit. Oder sie lassen es halt sein und formieren sich als autonome und handlungsfähige Akteur*innen, die Visionen entwickeln, wie diese Gesellschaft tatsächlich zum besseren verändert werden kann, was sie in ihre eigenen Hände nehmen. Denn von der besseren schlechten Regierung und ihren Anhänger*innen wird solch eine Konzeption nie entwickelt werden können. Durch sie bekommen wir lediglich die andere Seite der Medaille präsentiert, dringen aber schon in unserem Denken und Handeln als Wenige nie weiter zu den Strukturen der Herrschaftsordnung vor.

Am Ende tritt er zurück, der Kemmerich, und wir kreuzen halt noch mal neu an oder auch nicht. Die eigentlichen sozialen Auseinandersetzungen finden aber wie immer woanders statt und haben oft viel direkter mit uns zu tun, als wir meinen.

★★★

Für eine selbstbewusste, visionäre emanzipatorische Graswurzelbewegung! ■

Unterstützt den Kampf um Tamansari!

★ *Von: Anonym*

Einleitung

Da die westliche Medienberichterstattung im Zusammenhang mit Indonesien leider noch immer sehr einseitig und unzureichend ist, soll der folgende Artikel ein Beispiel für reale Verhältnisse in Indonesien hervorbringen und einige Machenschaften der indonesischen Regierung enthüllen, mit der Deutschland wirtschaftlich, militärisch und polizeilich eng zusammenarbeitet[1] (und das sogar zu Zeiten der Suharto-Diktatur getan hat, auch ungeachtet der Annexion Osttimors und Westpapuas durch Indonesien). Der Regierung stehen unter anderen die Bürger und Unterstützer Tamansaris im Weg, die großen Widerstand leisten.

Tamansari

Der Stadtteil (kelurahan) RW11 Tamansari liegt inmitten des Geschäftszentrums Bandungs, der Hauptstadt von West-Java, die als Kultur- und Bildungszentrum gilt. Außerdem hat Bandung den offiziellen Titel einer „menschenrechtsfreundlichen" Stadt und ist durch die Mitgliedschaft in der UNO und durch die Verfassung von 1945 dazu verpflichtet, die Menschenrechte zu wahren und zu schützen.[2]

Tamansari wurde 2017 in einer Auktion der Regierung an PT. Sartonia Agung verkauft, ein sehr fragwürdiges Bauunternehmen, das offiziell von der Regierungsinstitution LKPP auf der schwarzen Liste vermerkt wurde. Jedoch handelt es sich eigentlich um Gemeindeland, für das die Regierung weder ein Landnutzungszertifikat noch eine Umweltgenehmigung besitzt und somit auch kein Recht auf Erteilung einer Baugenehmigung hat. Denn das Agrargrundgesetz (UUPA) besagt, dass jede Gemeinde, die mehr als 20 Jahre auf Gemeindeland gelebt oder gearbeitet hat, als Eigentürmer des Landes priorisiert werden muss. Da die Bewohner Tamansaris schon seit weitaus mehr als 20 Jahren offiziell dort leben, haben sie gesetzlich ein Recht auf ein Landnutzungszertifikat, das ihnen allerdings nie (vom zuständigen Ministerium für Landwirtschaft und Raumordnung (BPN)) ausgehändigt wurde.

Während des Baus sollen die Bewohner nach Rancacili ziehen, einem Ort der 30 km entfernt von Tamansari liegt, wegen der abgelegenen Lage und den schlechten Konditionen jedoch völlig unangemessen ist. Wahrscheinlich werden außerdem die Mieten der neuen Wohnungen für die Bewohner unerschwinglich sein. Die Bewohner von Tamansari haben diesem Plan nie zugestimmt. Dieses Vorhaben ist Teil eines angeblich gemeinnützigen Regierungsprogramms namens KOTAKU. (Das wird weiter unten noch mal erläutert)

Vor der ersten Räumung im Dezember 2017 lebten in Tamansari 197 Familien in 90 Häusern. Die brutale Prozedur ließ trotz des starken Widerstands nur 33 Familien und 16 Häuser zurück. Viele gingen aufgrund von massivem Druck seitens des Unternehmens und der Regierung. Weitere Räumungsversuche fanden statt (März 2018 – Januar 2019), das Abwassersystem wurde zerstört und die Einschüchterungsversuche mit Hilfe von Polizei und bezahlten Schlägertrupps dauerten an. Sie versuchten es auch mit ungültigen Dokumenten. Immer wieder bemühten sich die Bürger Tamansaris bei den zuständigen Behörden um Vermittlung, doch niemand kümmerte sich. Es wurden unzählige Demonstrationen und Veranstaltungen organisiert.

Während der Fall noch immer vor Gericht stand und noch keine rechtskräftige Entscheidung getroffen worden war, kamen ohne offizielle Ankündigung Kommunalpolizei, Nationalpolizei, Zivilpolizei, nationale Streitkräfte, Paramilitärs und bewaffnete Schlägertrupps und zerstörten den kompletten Stadtteil. Sie rissen mit Baggern die Häuser ab, während deren Bewohner versuchten ihre Besitztümer und die Kinder in Sicherheit zu bringen. Um das zu beschleunigen, ging die Nationalpolizei ohne Erlaubnis

an die Sachen der Bewohner und brachte einige davon nach Rancacili (der 30 km entfernt liegende Ort, an den die Menschen geschickt werden). Viele Besitztümer der Bewohner Tamansaris gingen dadurch verloren. Sie hatten auch nicht genug Zeit, um alles aus ihren Häusern zu schaffen, bevor diese zerstört wurden.

Kinder wurden verletzt, weinten und schrien, sahen zu wie ihre Familien mit Schlagstöcken verprügelt wurden und wie die Polizist*innen mit Steinen auf sie warfen. Doch die Menschen gaben alles, um ihr Zuhause zu verteidigen. Sie bauten Barrikaden und verteidigten Tamansari mit ihrem ganzen Mut. Auch potenziell tödliche Tränengasgeschosse kamen zum Einsatz. Trotz der letztendlichen Vertreibung aller Menschen aus dem gesamten Areal verfolgten die Einheiten die Menschen, um weiter auf sie einzuschlagen und willkürlich einige zu verhaften. 21 Menschen wurden verhaftet. Mindestens 37 Menschen wurden verletzt, unter ihnen auch Kinder.

Ich selbst habe gesehen, wie mehrere dutzend Beamte mit Schlagstöcken auf Enjo, einen der Bewohner von Tamansari, einprügelten. Während der ambulanten Behandlung wurde er erneut geschlagen. Wegen schwerer Kopfverletzungen musste er auf die Intensivstation gebracht werden. Nun sitzt er im Rollstuhl, er kann nicht mehr laufen. Ein Baby hatte noch wochenlang entzündete Augen als Folge von Tränengas und Staub.

Das einzige Gebäude des Stadtteils, das nicht zerstört wurde, ist die Moschee. Dort sind die meisten der Vertriebenen bis heute untergekommen (ungefähr 20 Familien und eine stetig wachsende Zahl an Unterstützern). Direkt neben der Moschee sieht man nun die Trümmer Tamansaris; Haufen von Steinen und Gegenständen, Erinnerungen an ein friedliches gemeinschaftliches Leben und vor allem an ein Zuhause voller kollektiver Erinnerungen, das die Regierung anscheinend als Ware wahrnimmt. Aber für die Menschen die dort lebten, war es viel mehr als das. Dort haben schon die Großeltern mancher Bewohner*innen gelebt, die ihre Kinder und Enkelkinder dort aufwachsen sahen. Ganze Lebensgeschichten spielten sich hier ab, viel Mühe und Liebe steckte in allen Ecken und Kanten Tamansaris. Doch nicht nur die Erinnerungen, sondern auch der Lebensraum und die Existenzgrundlagen wurden den Menschen genommen. Zudem sind die Menschen, und vor allem die Kinder, nun schwer traumatisiert.

Mitverantwortlich für diese Tragödie ist der amtierende Bürgermeister, Oded M. Danial[3], der sich zwar am Tag darauf vor der Presse für die Unruhen entschuldigte, daraus aber keine Konsequenzen zieht und das Prozedere der Bebauung wie gehabt fortführen will. Aber auch Ridwan Kamil, der Gouverneur von West-Java und vorheriger Bürgermeister, ist beteiligt an den begangenen Verbrechen.

Das Institut für Rechtshilfe (LBH), eine NGO die sich unter anderem für Tamansari einsetzt, betonte in einem Statement auf ihrer Webseite die Gesetzesbrüche, die bei der illegalen Räumung festgestellt wurden:
„Die Räumungen verstoßen gegen die Verfassung von 1945, insbesondere gegen Artikel 28 über Menschenrechte, das Gesetz Nr. 39 von 1999 über Menschenrechte und das Gesetz Nr. 1 von 2011 über

Wohn- und Siedlungsgebiete."[4] Trotz mehrfacher Aufforderung untersuchte die nationale Menschenrechtskommission (Komnas HAM) bei keiner der vollzogenen Räumungen in Tamansari die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen und die staatliche gewalt, die den Bürgern Tamansaris angetan wurde.

Die Regierung Bandungs beruft sich im Fall von Tamansari auf Ansprüche aus der niederländischen Kolonialzeit Indonesiens (Kaufvertrag von 1930), die offiziell mit der Unabhängigkeit des Landes aufgehoben wurden. Damit hat die Regierung eigentlich kein Recht, das Land in Besitz zu nehmen.

Hinter dem demokratischen und rechtsstaatlichen Schleier steckt ein neoliberaler Autoritarismus, der mit grenzenloser Brutalität und ohne Rücksicht auf die Rechte der Menschen seine Unternehmens- und Handelsinteressen durchsetzt. Eine langsame Ausrottung und Segregation der unteren Klasse erinnert an koloniale Praktiken.

„Wir, die Menschen aus Citarum (Stadtteil in Bandung), lehnen die anarcho-syndikalistische Gruppe ab, die das Image der Bürger von Bandung stört und schädigt. Wir sind bereit, die Förderungsfähigkeit der Stadt Bandung aufrechtzuerhalten." - Diese Banner wurden in der ganzen Stadt verteilt, überall mit dem gleichen Design, nur der Name des Stadtteils wurde jedes Mal geändert.

Hintergründe

Hinter dem Projekt „Rumah Deret" (Wohnhausblock) stehen groß angelegte Regierungsprogramme. Das aktuell größte Programm heißt „National Slum Upgrading Project" (NSUP) und wird von der Weltbank und der AIIB (Asiatische Infrastrukturinvestmentbank) gefördert. Ein wichtiger Teil davon ist das Programm „Kota Tanpa Kumuh" („Stadt ohne Slums") (KOTAKU) des Wohnungsministeriums, dass als nationale Strategie zur Armutsbekämpfung und zur Unterstützung des NSUP dienen soll. Eines der Ziele von KOTAKU ist die Beseitigung städtischer Slums durch die Bereitstellung von Wohnraum. Von der Art und Weise der Durchführung bekommt man am Beispiel Tamansaris einen Eindruck. KOTAKU wird auf der offiziellen Webseite als gemeinnütziges Projekt, das keinen Gewinn anstrebt, dargestellt.[5] Jedoch stehen hinter dem Projekt ganz offensichtlich kommerzielle und wirtschaftsfördernde Interessen. Diese Slum-Verbesserungsinitiativen stehen auch in Verbindung mit dem von der indonesischen Regierung unter Joko Widodo („Jokowi") ins Leben gerufenen 100-0-100-Programm, das für 100% Zugang zu Trinkwasser, 0 Slums und 100% sanitäre Anlagen steht. Das war offensichtlich ein utopischer Plan, dessen Ende außerdem für 2019 angedacht war.

Ein internationales Programm der Weltbank namens „Cities Without Slums" richtet in der ganzen Welt unter dem Vorwand der Armutsbekämpfung viel Schaden an. Auf der Internetseite der Huffington Post heißt es: „Mehr als 3 Millionen Menschen wurden zwischen 2004 und 2013 physisch oder wirtschaftlich durch fast 1.000 von der Weltbank finanzierten Projekten vertrieben."[6]

Nicht die Armut wird hier bekämpft, sondern die Armen selbst. Sie sollen anscheinend mit allen Mitteln aus der Stadt verschwinden. Zudem ist die Lage Tamansaris wirtschaftlich sehr wertvoll und interessant für Investoren, ein Filetstück, das sich im Geschäftszentrum der Stadt befindet, direkt neben der Pasupati-Bridge (Jembatan Pasupati) und dem Balubur Town Square.[7] Leider gibt es in ganz Indonesien ähnliche Fälle. Allein in der Stadt Bandung sind hunderte ähnliche Maßnahmen unter dem Vorwand der „Verbesserung von Slums" geplant.

Aktuelle Infos

Nicht nur im Fernsehen, sondern auch im Internet findet man absurdeste Behauptungen und Falschmeldungen über den Fall Tamansari. Das Ministerium für Landwirtschaft und Raumordnung, das auch für die Landnutzungszertifikate zuständig ist, behauptet zum Beispiel inzwischen vor der Presse, dass das geräumte Land der Regierung gehöre, wofür es wie oben dargestellt keine Grundlage und auch keine Beweise gibt. Zuvor hatte das selbe Ministerium das Land noch als Gemeindeland betitelt. Die Medien in Indonesien werden leider strengstens kontrolliert und auch zensiert. Journalisten Gewalt anzudrohen, damit sie ihre Fotos löschen, ist eine gängige Praxis. Auch Morde an Journalist*innen und Aktivist*innen sind in Indonesien nicht selten.

Die sozio-religiöse islamische Organisation MUI, schrieb vor kurzem einen Brief an die evakuierten Bewohner*innen Tamansaris, in dem sie aufgefordert werden, die Moschee zu verlassen. Sie stehen womöglich ebenfalls unter dem Druck der Regierung, denn zuvor war die Evakuierung genehmigt. Des weiteren werden immer wieder Plakate und Flyer gegen die Bewohner*innen und Unterstützer*innen von Tamansari aufgehängt. Diese sind eindeutig nicht von den Nachbar*innen gedruckt worden, es soll allerdings so aussehen (siehe Bild). Die Regierung scheint verzweifelt über den Widerstand der Bürger*innen Tamansaris und ihrer Unterstützer*innen, der von Tag zu Tag wächst. Auch Bagger werden noch immer regelmäßig als Einschüchterungsversuche vorbei geschickt. Systematische Unterdrückung scheint ein festes Programm der indonesischen Regierung zu sein.

Doch die Menschen von Tamansari geben nicht auf. Ihre Willensstärke, ihr Zusammenhalt und ihr Mut sind unermüdlich. Es gibt oft Diskussionen, Filmvorführungen, Konzerte und Ausstellungen, selbst in den Ruinen finden noch Veranstaltungen statt.
Vom 13. bis 26. Januar 2020 fanden zwei Wochen lang täglich Demonstrationen vor den verantwortlichen Behörden in der Hauptstadt Jakarta statt. Auch dort wurden zahlreiche Veranstaltungen organisiert; von Diskussionen, über Workshops bis zu Konzerten und Performances war so ziemlich alles dabei, was man sich unter kreativem Protest vorstellen kann. Zahlreiche Aktivist*innen schlossen sich an. Unterstützt wurden die Aktionen außerdem von der LBH (Institut für Rechtshilfe/NGO).

„Tamansari kämpft nach wie vor“ vor dem ATR/BPN (Ministerium für Landwirtschaft und Raumordnung)

Anlässlich der Räumung Tamansaris, die am 12. Februar genau zwei Monate her war, fand vom 12.-15. Februar ein Kunst- und Musikfestival in den Ruinen statt.

Fazit

Die Geschichte Tamansaris erzählt von Gentrifizierung, Landraub, Korruption, staatlicher Repression, Menschenrechtsverletzungen, Rechtsverletzungen und Verfassungswidrigkeiten seitens der Regierung von Bandung, West-Java. Dies ist allerdings nicht nur in Bandung zu verzeichnen, sondern beschreibt die Politik der indonesischen Regierung an sich. Doch der Widerstand wächst und gedeiht, die Bürger*innen Tamansaris und die Unterstützer*innen geben nicht auf und das Areal ist noch nicht verloren.

★★★

Dies ist ein Aufruf zur internationalen Solidarität! Unterstützt den Kampf um Tamansari! ■

Endnoten

[1] https://www.graswurzel.net/gwr/2015/12/vergessen-gemachte-geschichte/?fbclid=IwAR3l95kTwxrbdrkTjx7LB0oioeRJ0P6w00nfx-GodK63d1BdKXBhz2IhClY

[2] Internationale Vereinbarung über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (Gesetz Nr. 05/2005); https://wipolex.wipo.int/en/text/200129, Chapter XA (Human Rights)

[3] Oded: Mitglied der Partei PKS, eine nationalistische, islamische Partei. Er hat 16 Jahre bei „Indonesian Arospace" gearbeitet, ein staatliches Unternehmen für die Produktion ziviler und militärischer Flugzeuge, danach stellte er Kleidung her und verkaufte Eis. Vor seinem Amt als Bürgermeister war er stellvertretender Bürgermeister von Ridwan Kamil.

[4] LBH https://www.lbhbandung.or.id/1724-2/

[5] http://kotaku.pu.go.id/view/7261/inovasi-program-kotaku-tuai-pujian-delegasi-luar-negeri

[6] http://projects.huffingtonpost.com/worldbank-evicted-abandoned

[7] Pasupati Bridge: eine 2,8 km lange Brücke, die die Lebensqualität der Anwohner erheblich beeinflusst, seit sie 2005 fertig gestellt wurde. Balubur Town Square: ein großes, 2010 eröffnetes Shoppingcenter; die Bürger*innen hatten bei beiden Megaprojekten keinerlei Mitspracherecht

Unterstützungskollektive:

- *ARAP (Aliansi Rakyat Antipenggusuran)*
- *Kolektifa (Kolektif Anti Fasis)*
- *Bandung Supporter Alliance*
- *Kolektif Airnisme*
- *Perpustakaan Jalanan Bandung*
- *Kampung Aliansi*

Links:

https://www.betterplace.me/tamansari-melawan
(Spenden für Tamansari)

https://www.instagram.com/tamansarimelawan/
(offizielle Instagram-Seite von Tamansari)

https://www.instagram.com/informasitamansari/
(Infografiken zu Tamansari)

https://www.instagram.com/lbhbandung/
(NGO-Institut für Rechtshilfe)

http://arc.or.id/about-arc/
(Agrarian Recources Center)

https://www.instagram.com/aliansirakyatantipenggusuran/
(ARAP- Aliansi Rakyat Antipenggusuran)

http://www.kolektifa.org
https://www.instagram.com/kolektifa/
(Kolektif Anti Fasis - Progressive, alternative, medienorientierte, antiautoritäre Bewegung)

https://www.instagram.com/bdgsupporteralliance/
(Die „Bandung Supporter Alliance")

https://www.instagram.com/airnisme/
(Airnisme-Kollektiv)

https://www.instagram.com/perpustakaanjalanan_bandung/
(Perpustakaan Jalanan Bandung - Straßenbibliothek Bandung)

https://www.instagram.com/aliansipelajarbandung/
(Studentenbund Bandung)

https://www.instagram.com/explore/tags/tolakrumahderet/
(#gegenrumahderet)

https://www.instagram.com/arif_danun/
(Fotograf des ersten Bildes)

https://www.instagram.com/geniet_project/
(T-Shirt zur Unterstützung von Tamansari kaufen)

https://www.instagram.com/p/B8JO7Bpl0pc/
(Sticker)

https://www.instagram.com/kampung_aliansi/
(Unterstützer-Kollektiv)

FdA hautnah

*Regelmäßige Termine von Gruppen der Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen*

BERLIN

Anarchistisches Kaffeekränzchen: Offener Stammtisch
4. Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Café Morgenrot, Kastanienallee 85, Prenzlauer Berg (U2 Eberswalder Str.)

Libertärer Podcast des Anarchistischen Radios Berlin
Jeden 1. des Monats mit einem ernsten und satirischen Rückblick des Vormonats. Daneben verschiedene Sendungen und Hinweise im Laufe des Monats. aradio.blogsport.de

DORTMUND

Anarchistisches Buch- und Kulturzentrum – Black Pigeon
Scharnhorststraße 50, 44147 Dortmund
regelmäßige Öffnungszeiten Dienstag bis Freitag 13-19 Uhr

DRESDEN

Wanderungen der Schwarz-Roten Bergsteiger*innen
Auf Anfrage mit mind. 3 Wochen Vorlauf an: akfreizeit@riseup.net
Wanderungen, Übernachtungen, politisch-historische Führungen gegen Spende

Gewerkschaftliche Beratung der FAU und BNG
jeden zweiten Dienstag (gerade Wochen) von 18:00 bis 20:00 Uhr
im FAU-Büro: Hausprojekt Mangelwirtschaft, Overbeckstraße 26
mehr Infos unter: dresden.fau.org

FRANKFURT am Main

Schwarzer Sonntag – offenes anarchistisches Café für Austausch und Vernetzung
jeden Sonntag, 12-18 Uhr im Cafe ExZess, Leipziger Straße 91

FREIBURG

„Zum Kuckuck“ – offenes anarchistisches Treffen
Jeden 4. Donnerstag im Monat ab 19:00 Uhr
im Interym/Kyosk, Adlerstr. 2, 79098 Freiburg

KARLSRUHE

Anarchistisches Radio
Jeden 2. Sonntag 18-20 Uhr, Querfunk 104,8 MHz oder querfunk.de

KÖLN

Offenes Anarchistisches Forum
Jeden 1. Freitag im Monat ab 19 Uhr
im Infoladen des Autonomen Zentrums
(Luxemburger Str. 93, U18: Eifelwall)

LEIPZIG

Anarchosyndikalistische Jugend Leipzig
zum kennenlernen, schreibt uns doch eine Mail, oder kommt zu unserer Soli Küche.
Kontakt über asj-leipzig@riseup.net

ASJ VEKÜ (Vegane Küche)
Jeden letzten Montag im Monat ab 20 Uhr im Atari (Kippenbergstr. 20, 04317 Leipzig)

TheorieAG der ASJL
Kontakt über Plenum, Vekü oder E-Mail

LUDWIGSBURG

Anka L – das monatliche Antifa-Café des Libertären Bündnis Ludwigsburg (LB)² (mit Vokü)
Jeden 4. Mittwoch im Monat ab 19:30 Uhr im DemoZ, Wilhelmstr. 45/1, Ludwigsburg

NÜRNBERG

Vefa (veganes Essen für Alle) von Auf der Suche – Anarchistische Gruppe Nürnberg
jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19:00 Uhr
im Projekt 31 (An den Rampen 31, 90443 Nürnberg)

FÖDERATION DEUTSCHSPRACHIGER ANARCHIST*INNEN [FDA-IFA]

Unser Ziel ist eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Grenzen und Staaten, ohne Klassen und Patriarchat, auf Grundlage der freien Vereinbarung, der gegenseitigen Hilfe und des anarchistischen Föderalismus, der durch gebundene Mandate seitens der Basis gekennzeichnet ist. Diese Gesellschaft soll pluralistisch sein, damit unterschiedliche Lebensentwürfe und kollektive Grundordnungen gleichberechtigt – verbunden durch den Föderalismus – erprobt, gelebt und umgesetzt werden können. Da wir jede Herrschaft über und Ausbeutung von Menschen ablehnen, setzen wir uns ein für die Abschaffung aller Formen von Herrschaft und Ausbeutung in kultureller, politischer, sexueller, sozialer, wirtschaftlicher oder sonstiger Hinsicht.

Die FdA will auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens an die föderalistischen Ideen anknüpfen und sie den Erfordernissen der heutigen Zeit anpassen. Im anarchistischen Föderalismus sehen wir die Grundlage einer wirklichen und dauerhaften Selbstverwirklichung, die allein die Gewähr für Freiheit, Gleichheit und Solidarität gibt. Wir streben keine Übernahme, sondern die Abschaffung der politischen Herrschaft an.

Erst Gemeinschaften ermöglichen die gegenseitige Hilfe und bilden die Grundlage, auf der eine anarchistische Gesellschaft wachsen kann. Informelle, unverbindliche Zufallsbegegnungen sind für diese Gemeinschaft nicht ausreichend. Deshalb organisieren wir uns, um Solidarität zu leben, Mut zum Handeln zu geben und die Wirksamkeit unseres Handelns zu steigern.

KONTAKTE

Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen
Kontakt: fda-organisation@riseup.net
fda-ifa.org

Internationale der Anarchistischen Föderationen
Kontakt: secretariat@i-f-a.org
i-f-a.org

Berlin

Anarchistisches Radio Berlin
Kontakt: aradio-berlin@riseup.net
aradio.blogsport.de

Anarchistisches Kaffeekränzchen

Anarchistisches Kollektiv Glitzerkatapult
Kontakt: glitzerkatapult@riseup.net
glitzerkatapult.noblogs.org

Dresden

AK Freizeit
Kontakt: akfreizeit@riseup.net
dresden.fau.org/freizeit-und-soziales

IK Dokumentation
dresden.fau.org/freizeit-und-soziales

Schwarz Lila Antifa (Thüsterberg)
Kontakt: mail-an-schwarzesbrett@web.de
schwarzesbrettleineweserbergland.wordpress.com

Karakök Autonome Türkei/Schweiz
Kontakt: laydaran@immerda.ch
karakok.org

Aktion & Organisierung Kassel
Kontakt: kassel_a@riseup.net
a-o-ks.org

Anarchistische Föderation Rhein/Ruhr
Kontakt: afrr@riseup.net
afrheinruhr.blogsport.de

Anarchistische Gruppe Dortmund
Kontakt: agdo@riseup.net
agdo.blogsport.eu

Anarchistische Gruppe Krefeld
Kontakt: agkrefeld@riseup.net
agkrefeld.blogsport.de

Anarchistische Gruppe östliche Ruhrgebiet
Kontakt: agoer@riseup.net
afrheinruhr.blogsport.de

Anarchistisches Kollektiv Köln
Kontakt: anarchokoeln@riseup.net
apjkoeln.blogsport.de

LilaLautstark - queerfeministische Gruppe Dortmund
Kontakt: lilalautstark@riseup.net
lilalautstark.noblogs.org

fabzi – feministische und anarchistische Broschüren und Zines
Kontakt: mail fabzi@riseup.net

li(e)beration Wuppertal
Kontakt: lieberation@riseup.net
lieberation.wordpress.com

Anarchistisches Forum Ostwestfalen-Lippe
Kontakt: afowl@riseup.net
afowl.noblogs.org

Anarchistisches Netzwerk Südwest*
Kontakt: info@a-netz.org
a-netz.org

Anarchistische Gruppe Freiburg
Kontakt: kontakt@ag-freiburg.org
ag-freiburg.org/cms

Anarchistische Gruppe Mannheim
Kontakt: info@anarchie-mannheim.de
anarchie-mannheim.de

Anarchistische Initiative Kaiserslautern
Kontakt: aikl@riseup.net
aikl.blogsport.eu

Anarchistische Initiative Ortenau
Kontakt: a-ini-og@immerda.ch
aiog.noblogs.org

Libertäres Bündnis Ludwigsburg
Kontakt: lb-hoch2@riseup.net
lbquadrat.org

Libertäre Gruppe Karlsruhe
Kontakt: lka@riseup.net
lka.tumblr.com

Auf der Suche (Nürnberg)
Kontakt: aufdersuche@riseup.net
aufdersuche.blogsport.de

Lava Muc - Anarchistische Assoziation (München)
Kontakt: lava-muc@riseup.net
lavamuc.noblogs.org

about:fem – anarcha-feministische Gruppe aus Köln
Kontakt: aboutfem@riseup.net
aboutfem.blogsport.de

ASJ Bonn
Kontakt: asjbonn@riseup.net
asjbonn.blogsport.de

ASJ Göttingen
Kontakt: asjgoe@ungehorsam.ch
asjgoe.blogsport.de

ASJ Leipzig
Kontakt: asj-leipzig@riseup.net
asjl.blogsport.de

LiLa [F] (anarchistische Gruppe Frankfurt)
Kontakt: info@lila-f.org
lila-f.org

Initiative Anarchistische Bewegung Frankfurt (IABF)
Kontakt: info@iabf.cc
anarchie-frankfurt.org

Assoziierte Projekte

Allgemeines Syndikat Dresden
Kontakt: faudd@fau.org
fau.org/ortsgruppen/dresden

Anarchistisches Forum Köln
Kontakt: a.f.koeln@riseup.net
anarchistischesforumkoeln.blogsport.de

IT-Kollektiv
Kontakt: info@it-kollektiv.com
it-kollektiv.com

Black Pigeon (Dortmund)
Kontakt: black-pigeon@riseup.net
blackpigeon.blogsport.eu

Schwarze Ruhr Uni Bochum
Kontakt: schwarze-ruhr-uni@riseup.net
schwarzerub.blogsport.de

F54-Siebdruckkollektiv
Kontakt: kiezladenf54bleibt@riseup